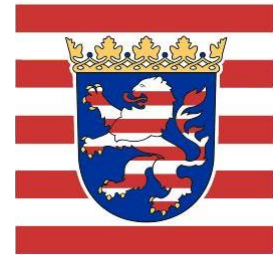




HESSEN



# Bericht aus Brüssel

16/2013 vom 20.09.2013

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Bruxelles  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
Institutionelles	3
Europäisches Parlament	4
Ausschuss der Regionen	7
Wirtschaft	7
Verkehr	10
Energie	11
Forschung	11
Finanzdienstleistungen	12
Finanzen	14
Soziales	17
Gesundheit und Verbraucherschutz	18
Umwelt	19
Landwirtschaft	21
Justiz	22
Inneres	23
Bildung und Kultur	27
Veranstaltungen	27
Vorschau	30

### **Kommission; Rede von Kommissionspräsident José Manuel Barroso zur Lage der Union und Schreiben Barroso's an EP-Präsidenten Martin Schulz (S&D/DEU)**

Am 11.09.2013 hielt Kommissionspräsident José Manuel Barroso seine letzte Rede zur „Lage der Union“ in der laufenden Legislaturperiode des EP in Straßburg und wandte sich – wie auch im Vorjahr – mit Schreiben vom gleichen Tag an EP-Präsident Martin Schulz (S&D/DEU). Der Kommissionspräsident ging in seiner Rede u.a. auf die wirtschaftliche und politische Lage zu Beginn der Legislaturperiode ein, resümierte die seitdem erzielten Erfolge und gab einen Ausblick auf die bis zu den Wahlen zum EP im Mai 2014 noch zu bewerkstellenden Aufgaben. Er betonte die Rolle der EU als Wertgemeinschaft und bezog Stellung zum Verhältnis zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Vor genau fünf Jahren hätten Entwicklungen in den USA eine weltweite Finanzkrise bewirkt, die in eine Wirtschafts- und Sozialkrise dramatischen Ausmaßes gemündet hätte. Die EU habe daraufhin den Finanzsektor grundlegend reformiert, die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen verbessert und über 700 Mrd. EUR zur finanziellen Unterstützung von Krisenstaaten bereitgestellt. Im Hinblick auf die noch zu bewerkstellenden Aufgaben sah Barroso die Priorität bei der Bankenunion als Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Auch der verbesserte Kreditfluss an die Wirtschaft für KMU müsse angegangen werden. Einen weiteren Fokus legte der Präsident auf die Bekämpfung insb. der (Jugend-) Arbeitslosigkeit. Zu Gunsten der Realwirtschaft wollte er den bereits im Warenverkehr gut funktionierenden Binnenmarkt auch auf Bereiche wie z.B. Mobilität, Kommunikation, Energie, Finanzen und e-Commerce übernehmen und die noch in der Verhandlung befindlichen Einzeldossiers der Binnenmarkt Akte I und II verabschiedet wissen. Im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit der Bedeutung der EU nicht nur als Wirtschafts-, sondern auch als Werteunion, betonte der Kommissionspräsident die Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips. In der heutigen Welt sei das EU-Niveau unverzichtbar zum Schutz dieser Standards und zur Förderung der Bürgerrechte. Im Hinblick auf den 2014 anstehenden 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges betont Barroso, dass Frieden nie selbstverständlich sein dürfe. Zum Verhältnis zwischen der EU und den Mitgliedstaaten vertrat Barroso die Meinung, dass ein schwächeres Europa die Mitgliedstaaten nicht stärke, und fordert stattdessen eine verbesserte EU. Im klaren Bekenntnis zum Subsidiaritätsprinzip war er aber auch der Meinung, nicht alle Probleme erforderten eine europäische Lösung. Dies sei in der Vergangenheit manchmal nicht beachtet worden. Nichtsdestotrotz gebe es auch Bereiche, in denen ein größeres Maß an Integration erforderlich sei. In seinem Schreiben an EP-Präsident Schulz benannte Barroso die in der laufenden Legislaturperiode zu unternehmenden Schritte konkret. Unter Bezugnahme auf das Arbeitsprogramm für das Jahr 2014, das die Kommission voraussichtlich Ende Oktober vorlegen will, forderte Barroso sowohl die Verabschiedung der sich in der Verhandlung befindlichen Dossiers, wie z.B. der Initiativen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und der Vorschläge zur Verstärkung der Kreditvergabe an KMU's. Ferner möchte er die Anstrengungen zum Erreichen der Europa-2020-Ziele verdoppelt wissen. Die Kommission habe fünf Prioritäten, zu denen u.a. die Sicherstellung eines gelungenen Starts der Programme im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) in der kommenden Förderperiode (2014-2020) zähle. Daneben werde die Kommission eine Reihe neuer Initiativen vorschlagen, um Wachstum zu stärken und die Klima- und Energiepolitik für die Zeit nach 2020 vorzuzeichnen sowie um Visionen zur Rechtsstaatlichkeit weiterzuentwickeln.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-13-684\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-684_de.htm)

**Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 09.-12.09.2013 in Straßburg**

Rede des Kommissionspräsidenten zur Lage der Union

Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso sagte am 11.09.2013 in seiner jährlichen Rede zur Lage der Union vor dem EP: „Für Europa ist der Aufschwung in Sicht“, Selbstzufriedenheit sei aber nicht erlaubt: „Die Krise ist noch nicht vorbei.“ Europa müsse weiterhin „wachsam“ bleiben. Weitere Reformen seien nötig: „Wir schulden das jenen, für die der Aufschwung nicht in Reichweite ist, wir schulden es unseren 26 Millionen Arbeitslosen.“ Wichtig sei nun vor allem ein rascher Beschluss über die Bankenunion. Dies sei auch ein Schritt zu mehr Wachstum. Für Anfang Oktober kündigte Barroso eine Mitteilung zur sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion an. Gleichwohl versprach Barroso Selbstbeschränkung: "Nicht alles braucht eine europäische Lösung. ...Die EU muss groß bei großen Fragen und klein bei kleinen Fragen sein - etwas, was wir vielleicht in der Vergangenheit gelegentlich missachtet haben", sagte er. Es gebe aber vor allem in Wirtschafts- und Finanzfragen Bereiche, in denen die "Glaubwürdigkeit des politischen Konstrukts" wichtig sei. Noch vor den Wahlen wolle er Vorschläge für "die Zukunft der Union und die Stärkung und Vertiefung der Gemeinschaftsmethode" vorlegen.

Der EVP-Fraktionsvorsitzende MdEP Joseph Daul (FRA) gab Barroso Recht in seiner Einschätzung, Europa befinde sich „auf dem richtigen Weg.“ Bezüglich des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) ermahnte Daul die Regierungen der Mitgliedstaaten, sie müssten ihren Verpflichtungen nachkommen.

Der S&D-Fraktionsvorsitzende MdEP Hannes Swoboda (AUT) kritisierte die Äußerungen Barroso's als ungerechtfertigtes Eigenlob. Wenn man nicht auf abstrakte Zahlen schaue, sondern auf Menschen und Schicksale, sei das Bild düster, sagte Swoboda. In Spanien seien im vergangenen Monat gerade einmal 31 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Er stellte fest: "Die Sparmaßnahmen untergraben die Solidarität in der EU. Selbst im reichen Deutschland mangelt es an Investitionen!" Zum MFR sagte er: „Der Rat bricht die Vereinbarung, die wir über die Finanzplanung getroffen hatten“.

Der ALDE-Fraktionsvorsitzende MdEP Guy Verhofstadt (BEL) warnte vor der Illusion, die Krise sei überstanden. Die Zeichen der Erholung bedeuteten lediglich, dass die Talsohle erreicht sei. Es drohten aber Jahre der Stagnation, wie sie Japan zuletzt erlebte. Er appellierte an alle Fraktionen, in einer Art Schnellverfahren der Bankenunion und der Regelung der Telekommunikationsmärkte zuzustimmen. So könnten den Bürgern noch vor der Europawahl greifbare Ergebnisse präsentiert werden.

Die GRÜNEN-KO-Fraktionsvorsitzende MdEP Rebecca Harms (DEU) sagte, das EU-Krisenmanagement habe „in weiten Teilen Elend und Perspektivlosigkeit geschaffen“. Rebecca Harms bezeichnete es als "unerträglich", dass der Klimaschutz von Barroso "konsequent nach hinten gerückt" werde.

Der ECR-Fraktionsvorsitzende MdEP Martin Callanan (GBR) freute sich auf die Europawahlen und sagte: "Im nächsten Jahr können die Völker Europas darüber entscheiden, ob sie wollen, dass der Tanker in eine andere Richtung geht."

Der stv. GUE-Fraktionsvorsitzende MdEP Takis Hadjigeorgiou (CYP) erklärte, Barroso lebe in einer ganz anderen EU als er: "100 Meter vom Europaviertel entfernt" sehe man schon viele Bettler auf den Straßen. Leider werde die EU heute gleichgesetzt mit der Wirtschaftskrise, sie habe die "Technologieschlacht schlicht verloren".

Der EFD-Fraktionsvorsitzende MdEP Nigel Farage (GBR) stellte den Klimawandel und die Klimapolitik der EU in Frage und erklärte, die Währungsunion sei von Anfang an eine Missgeburt gewesen.

### Schiefergas: Umweltverträglichkeitsstudie für jedes neue Projekt

Am 11.09.2013 wurde die Abstimmung über den Bericht von MdEP Andrea Zanoni (ALDE/ITA) auf Antrag der GUE verschoben. Mit dem Bericht nimmt das EP in erster Lesung Stellung zu dem Kommissionsvorschlag vom 26.10.2012 für eine Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 2011/92/EU über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten. Es geht um die Ausweitung der UVP u.a. auf Schiefergasstudien und Änderungen von Flugrouten bei Flughäfen. (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

### Bankenunion - einheitlicher Aufsichtsmechanismus

Am 12.09.2013 wurden die legislativen Entschlüsse zu den Berichten Thyssen (EVP/BEL) und Giegold (GRÜNE/DEU) zur Bankenaufsicht mit überwältigender Mehrheit angenommen. Damit ist die letzte rechtliche Voraussetzung geschaffen worden für die Errichtung einer europäischen Bankenaufsicht in Frankfurt unter dem Dach der EZB. Die legislative Entschlüsse zu "Europäische Bankenaufsichtsbehörde und Aufsicht über Kreditinstitute" (Bericht Sven Giegold) wurde mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 556 - 54 - 28 angenommen. Auch die legislative Entschlüsse zu "Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank" (Bericht Marianne Thyssen) wurde mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 589 - 62 - 18 angenommen (siehe Beitrag unter „Finanzdienstleistungen“).

### Eigentumsrechte für Paare in der EU – Güterrecht eingetragener Partnerschaften

Am 10.09.2013 nahm das EP den Bericht Alexandra Thein (ALDE/DEU) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 538 – 34 – 54 an. Mit dem Bericht nahm das EP in erster Lesung Stellung zu dem Verordnungsvorschlag der Kommission „über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen im Bereich des Güterrechts eingetragener Lebenspartnerschaften“ vom 16.03.2011 (siehe Beitrag unter „Justiz“).

### Eigentumsrechte für Paare in der EU – Ehegüterrecht

Am 10.09.2013 nahm das EP den Bericht Alexandra Thein (ALDE/DEU) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 563 – 21 – 58 an. Mit dem Bericht nahm das EP in erster Lesung Stellung zu dem Verordnungsvorschlag der Kommission „über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen des Ehegüterrechts“ vom 16.03.2011 (siehe Beitrag unter „Justiz“).

### Recht auf Rechtsbeistand in Strafverfahren und Recht auf Kontaktaufnahme bei der Festnahme

Am 10.09.2013 nahm das EP den Bericht Elena Oana Antonescu (EVP/ROM) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 661 – 29 – 8 an. Mit dem Bericht nahm das EP in erster Lesung Stellung zu dem Richtlinienvorschlag der Kommission vom 08.06.2011 über das Recht auf Rechtsbeistand in Strafverfahren und das Recht auf Kontaktaufnahme bei der Festnahme (siehe Beitrag unter „Justiz“).

### Kraftstoffqualitätsrichtlinie und Richtlinie über Energie aus erneuerbaren Quellen (indirekte Landnutzungsänderung)

Das Plenum nahm am 11.09.2013 den Bericht Corinne Lepage (ALDE/FRA) mit einer knappen Mehrheit von 356 - 327 - 14 an. Damit hat das EP Maßnahmen zugestimmt, um die Herstellung herkömmlicher Biokraftstoffe zu begrenzen und die

Umstellung auf eine neue Produktgeneration aus anderen Quellen wie zum Beispiel Abfällen zu beschleunigen (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

### Energiebinnenmarkt

Am 10.09.2013 nahm das EP den Initiativbericht Jerzy Buzek (EVP/POL) mehrheitlich an. Mit dem Bericht nahm das EP Stellung zur Mitteilung der Kommission „Ein funktionierender Energiebinnenmarkt“ vom 15.11.2012. Der Bericht fordert eine bessere Koordinierung der Initiativen und Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Energiebereich. Intensiv behandelt werden zudem die Problematik steigender Energiepreise und die Auswirkungen auf Verbraucher und Unternehmen. Im Bereich Erdgas fordert der Bericht eine Abtrennung des Preismechanismus von der Erdöl-Indexierung. Zudem werden intelligente Technologien (Messsysteme und Netze) und ihre Auswirkungen auf die Verhaltensweisen der Verbraucher und die Energiemärkte thematisiert. Weiterer Schwerpunkt sind die notwendigen Investitionen zur Modernisierung und Weiterentwicklung der Energieinfrastrukturen und zur Beseitigung von Hindernissen, die einen fairen Wettbewerb auf dem Energiemarkt verhindern. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, alle einschlägigen EU-Vorschriften – vor allem das dritte Energiepaket – umgehend vollständig umzusetzen und anzuwenden. Die Kommission wird nachdrücklich aufgefordert, Maßnahmen gegen diejenigen Mitgliedstaaten einzuleiten, die die Umsetzung des Energiebinnenmarktes ungerechtfertigt verzögern.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0344+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### Energieeffizienzmaßnahmen im Rahmen der Kohäsionspolitik

Am 10.09.2013 nahm das EP den Initiativbericht Mojca Kleva Kekus (S&D/SLO) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 622 – 26 – 60 an. Mit dem Bericht nahm das EP u.a. Stellung zur Kommissionsmitteilung mit dem Titel „Europa 2020- Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ vom 3.03.2010 (siehe Beitrag unter „Wirtschaft“).

### Europäische Strategie für Verkehrstechnologie für die künftige Mobilität Europas

Am 10.09.2013 nahm das EP den Initiativbericht Michael Cramer (GRÜNE/DEU) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 607 – 57 – 6 an. Mit dem Bericht nahm das EP Stellung zur Kommissionsmitteilung mit dem Titel „Forschung und Innovation für die künftige Mobilität Europas- Entwicklung einer europäischen Strategie für Verkehrstechnologie“ vom 13.09.2012 (siehe Beitrag unter „Verkehr“).

### Online-Glücksspiel im Binnenmarkt

Am 10.09.2013 nahm das EP den Initiativbericht Ashley Fox (ECR/GBR) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 572 – 79 – 61 an. Mit dem Bericht nahm das EP u.a. Stellung zur Mitteilung der Kommission vom 23.10.2012 mit dem Titel „Ein umfassender europäischer Rahmen für das Online-Glücksspiel“ (siehe Beitrag unter „Inneres“).

### Wohnimmobilienkreditverträge

Am 10.09.2013 nahm das EP den Bericht Antolín Sánchez Presedo (S&D/ESP) mehrheitlich an. Mit dem Bericht nahm das EP in erster Lesung Stellung zu dem Vorschlag der Kommission vom 31.03.2011 für eine Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge. Die Abstimmung über die legislative Entschließung wurde nach Artikel 57 der GO vertagt, um dem Berichterstatter die Möglichkeit einer Einigung in erster Lesung zu geben (siehe Beitrag unter „Finanzdienstleitungen“).

### Insider-Geschäfte und Marktmanipulation (Marktmissbrauch)

Am 10.09.2013 nahm das EP den Bericht Arlene McCarthy (S&D/GBR) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 659 – 20 – 28 an. Mit dem Bericht nahm das EP in erster Lesung Stellung zu dem Kommissionsvorschlag vom 20.10.2011 für eine Verordnung über Insider-Geschäfte und Marktmanipulation. Mit dem Verordnungsvorschlag der Kommission soll der Rechtsrahmen der Marktmissbrauchsrichtlinie aus dem Jahr 2003 optimiert werden (siehe Beitrag unter „Finanzdienstleistungen“).

### Binnenmarkt für Dienstleistungen

Am 11.09.2013 nahm das EP den Initiativbericht Anna Maria Corazza Bildt (EVP/SWE) mit einer Mehrheit von 366 – 292 – 14 an. Mit dem Bericht nahm das EP Stellung u.a. zur Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie – Eine Partnerschaft für neues Wachstum im Dienstleistungssektor 2012-2015“ vom 8.06.2012 (siehe Beitrag unter „Wirtschaft“).

### EP stimmt Überarbeitung der EU-Visum-Verordnung zu

Das EP hat am 12.09.2013 im Rahmen des Berichts Agustin Diaz de Mera (EVP/ESP) der mit dem Rat ausverhandelten Neufassung der sog. EU-Visum-Verordnung zugestimmt. Hiernach kann künftig die Visafreiheit für Drittstaatsangehörige ausgesetzt werden, wenn diese Staaten Visa für EU-Bürger verlangen (Verletzung des Gegenseitigkeitsmechanismus) oder eine besondere Belastung des Asylsystems wegen eines erheblichen Anstiegs an Asylbewerbern aus dem jeweiligen Drittstaat droht (siehe Beitrag unter „Inneres“).

## A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

### **AdR; 19. EDUC-Fachkommissionssitzung in Brüssel**

Am 16.09.2013 fand die 19. EDUC-Fachkommissionssitzung unter Teilnahme von Staatssekretärin Dr. Zsuzsa Breier in Brüssel statt. Folgende Themen standen auf der Tagesordnung: Abstimmung zu Behinderung, Sport und Freizeit: Ein Kernelement des Konzepts „Sport für alle“ in der Strategie Europa 2020, sowie eine Orientierungsdebatte zu den Leitlinien für transeuropäische Kommunikationsnetze.

<https://toad.cor.europa.eu/AgendaDocuments.aspx?pmi=ha5jDW%2bOWSG9csdkvMupiOCK9ZHTAqqBdsQyM7Dy60%3d&ViewDoc=true>

## W i r t s c h a f t

### **Kommission; Online-Debatten zum Binnenmarkt, zur Initiative „Binnenmarktmonat“**

Ab dem 23.09.2013 finden auf Initiative der Kommission Online-Debatten über den Binnenmarkt zu den Themenfeldern „Arbeitsplätze“ (23.–25.9.), „Soziale Rechte“ (30.9.–2.10.), „Banken“ (7.–9.10.) und „Online-Handel“ (14.–16.10.) statt. Die Debatten sollen es interessierten Teilnehmern ermöglichen, mit anderen europäischen Bürgern, Unternehmen, Interessenvertretern und mit führenden EU-Politikern in Kontakt zu treten. Das Ziel der Initiative ist, Verbesserungsvorschläge zu sammeln sowie Politikinitiativen auf EU-Ebene zu fördern. Zum Abschluss des Binnenmarktmonats am 23.10.2013 ist eine Fernsehdebatte vorgesehen.

<http://europa.eu/newsroom/calendar/event/451057/binnenmarktmonat-%E2%80%93-ein-monat-der-onlinedebatten-in-24-sprachen>



## **EP; Binnenmarkt für Dienstleistungen**

Am 11.09.2013 nahm das EP den Initiativbericht der MdEP Anna Maria Corazza Bildt (EVP/SWE) an. Dafür stimmten im Wesentlichen EVP, ECR, ALDE und EFD – dagegen stimmten im Wesentlichen S&D, GRÜNE und GUE. Mit dem Bericht nahm das EP Stellung u.a. zur Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie – Eine Partnerschaft für neues Wachstum im Dienstleistungssektor 2012-2015“ vom 08.06.2012. Der Bericht geht insbesondere auf das noch ungenutzte Potential des Binnenmarkts für Dienstleistungen mit Blick auf Wachstum und Beschäftigung ein. Mit dieser Entschließung des EP sollen die Mitgliedstaaten auf ihre Verantwortung zur vollständigen Anwendung und Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie hingewiesen werden. Auf den Dienstleistungssektor entfallen mehr als 65% des BIP der EU. Noch immer seien Unternehmen jedoch mit einer Vielzahl von Anforderungen konfrontiert, die jede für sich genommen harmlos wirkten, alle gemeinsam jedoch eine beträchtliche Belastung für Dienstleistungserbringer darstellen. Daher gelte es, Barrieren, Schranken und Behinderungen zu beseitigen, ein intelligentes Governance-System für den Binnenmarkt für Dienstleistungen zu installieren, eine „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber eindeutigen Verstößen gegen die Dienstleistungsrichtlinie durchzusetzen und Rechenschaftspflicht und Transparenz der Mitgliedstaaten zu verbessern.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0366+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **EP; Energieeffizienzmaßnahmen im Rahmen der Kohäsionspolitik**

Am 10.09.2013 nahm das EP den Initiativbericht von MdEP Mojca Kleva Kekus (S&D/SLO) an. Mit dem Bericht nahm das EP u.a. Stellung zur Kommissionsmitteilung mit dem Titel „Europa 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ vom 03.03.2010 (vgl. BaB 04/2010). Die EU soll für die Energieeffizienz um 20% bis 2020 erhöhen. Es wird betont, dass im Rahmen der Kohäsionspolitik von 2014-2020 lokale und regionale Behörden einen besseren Zugang zu diesen Mitteln haben werden. Der Kohäsionspolitik komme künftig eine bedeutende Rolle für die vollständige Entwicklung intelligenter Stromnetze und Netzwerke zu. Der Bericht gibt auch eine Reihe von Empfehlungen ab, um die Auswirkungen von Energieeffizienzmaßnahmen in der nächsten Förderperiode zu stärken. Außerdem versucht er zu klären, wie kompatibel europäische, nationale und regionale Ziele und Vorgaben der Kohäsionspolitik mit den Energieeffizienzzielen der EU sind. Die Mitgliedstaaten werden unter anderem aufgefordert, im Rahmen ihrer operationellen Programme einfache und unbürokratische Verfahren festzulegen, um die für die Verbesserung der Energieeffizienz von Wohnungen vorgesehenen Finanzmittel zu nutzen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0345+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **EuGH; Zoologischer Garten gewinnt im Markenstreit „KNUT – DER EISBÄR“**

Am 16.09.2013 entschied der EuGH über die Rechtssache des Unternehmens Knut IP Management Ltd aus GBR gegen die Zoologischen Garten AG in Berlin zur Marke „KNUT- DER EISBÄR“, die das Unternehmen für Papierwaren, Kleidungsstücke, Schuhe und Sportartikel beim Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt am 27.04.2007 angemeldet hatte. Die Zoologische Garten AG widersprach am 17.12.2007 dieser Markenmeldung. Der Widerspruch war u.a. damit begründet worden, dass eine Verwechslungsgefahr mit der älteren deutschen Wortmarke „KNUD“ bestehen würde. Das Markenamt gab dem Widerspruch in seiner Entscheidung vom 17.03.2010 statt, worauf das Unternehmen am 31.05.2010 Klage beim EuGH erhob. Der EuGH hat in seinem Urteil vom 16.09.2013 die Klage





Mikrokreditnehmer war dem Bericht zufolge zum Zeitpunkt der Beantragung arbeitslos oder nicht erwerbstätig. Knapp 80% der unterstützten Unternehmen sind Start-ups, die vor maximal drei Jahren gegründet wurden. Über die Hälfte der geförderten Unternehmen sind in den Branchen Landwirtschaft und Handel aktiv.

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=10430&langId=de>

## V e r k e h r

### **Kommission; Europäische Mobilitätswoche vom 16.09. – 22.09.2013**

Die Europäische Mobilitätswoche (EMW) ist eine jährliche Kampagne zur nachhaltigen städtischen Mobilität. Jährlich nehmen mehr als 2000 Städte und Gemeinden daran teil. Ziel der Kampagne ist es, europäische lokale Behörden zur Einführung und Förderung nachhaltiger Transportmaßnahmen zu ermutigen, sowie ihre Bürger dazu einzuladen, Alternativen zum Auto auszuprobieren. 2013 nehmen erneut einige deutsche Städte an der Initiative mit dem diesjährigen Motto "In die richtige Richtung gehen" teil, aus Hessen sind es die Städte Frankfurt am Main, Marburg und Neu-Isenburg.

<http://www.mobilityweek.eu/>

### **Kommission; Aktionsprogramm für die Binnenschifffahrt (NAIADES II)**

Am 10.09.2013 hat die Kommission das Paket NAIADES II angenommen. Dieses enthält eine Mitteilung mit einem Aktionsplan zur Verbesserung der Infrastrukturqualität und Förderung der Integration der Binnenschifffahrt in die Logistikkette. Das Ziel von NAIADES II ist die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen, damit sich die Binnenschifffahrt zu einem qualitativ hochwertigen Verkehrsträger entwickeln kann: mit einer guten Lenkungsstruktur, effizient, sicher, integriert in die intermodale Kette, mit hochwertigen Arbeitsplätzen und qualifizierten Beschäftigten und in Übereinstimmung mit strengen Umweltnormen. Über die Fazilität „Connecting Europe“ wird die Kommission Mittel bereitstellen, um einerseits die bestehende Infrastruktur der Binnenwasserstraßen zu verbessern sowie neue Binnenwasserwege zu bauen und andererseits die Vernetzung mit den anderen Verkehrsträgern zu optimieren.

[http://ec.europa.eu/transport/modes/inland/promotion/doc/naiades2/com\(2013\)623\\_d e.pdf](http://ec.europa.eu/transport/modes/inland/promotion/doc/naiades2/com(2013)623_d e.pdf)

### **EP; Bericht zur nachhaltigen Mobilität Europas**

Am 10.09.2013 nahm das EP den Initiativbericht von MdEP Michael Cramer (GRÜNE/DEU) zur „Förderung einer europäischen Strategie für Verkehrstechnologie für die künftige nachhaltige Mobilität Europas“ mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit an. Mit dem Bericht nahm das EP Stellung zur Kommissionsmitteilung mit dem Titel „Forschung und Innovation für die künftige Mobilität Europas - Entwicklung einer europäischen Strategie für Verkehrstechnologie“ vom 13.09.2012. Der Initiativbericht verfolgt das Ziel, eine gemeinsame Haltung des EP zu künftigen Handlungsschwerpunkten im Bereich der Verkehrstechnologie für die künftige Mobilität in der EU herzustellen. Eine europäische Verkehrstechnologie-Strategie müsse in erster Linie die Qualität der Dienstleistung, den Komfort für Passagiere und Unternehmen und die Nutzung nachhaltiger Mobilität fördern. Zugleich solle sie zu einer Verringerung des Energieverbrauchs, des Verkehrslärms, der Luftbelastung durch Schadstoffe, der Rohstoffnutzung und der Treibhausgasemissionen sowie der Sicherheit im Verkehr beitragen. Im Mittelpunkt des Berichts stehen daher künftige Mobilitätstrends, die Bewältigung des Übergangs zu alternativen Kraftstoffen sowie die Entwicklung intelligenter Verkehrssysteme und deren Einsatz. Als Maßnahme zur

Schaffung einer gemeinsamen Verkehrspolitik sieht das EP die Notwendigkeit, der zunehmenden Bedeutung des Verkehrs in und zwischen den europäischen Regionen gerecht zu werden und eine durchgängige Kohärenz auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene sicherzustellen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=REPORT&reference=A7-2013-0241&language=DE&mode=XML>

### **EP; Anhörung zu dem Entwurf der Beihilfe-Leitlinien für Flughäfen.**

Am 17.09.2013 fand eine erste Anhörung zu dem Kommissionsentwurf zu neuen EU-Leitlinien für staatliche Beihilfen für Flughäfen und Luftverkehrsgesellschaften unter Moderation von Andrew Charlton (Managing Director, Aviation Advocacy) statt. Den Entwurf der Leitlinien hatte die Kommission am 02.07.2013 im Rahmen einer Mitteilung veröffentlicht und zeitgleich ein Konsultationsverfahren eingeleitet (vgl. BaB 13/2013). Vorgetragen haben Olivier Jankovec, Generaldirektor des Airport Council International Europe (ACI Europe), Philippe Aliotti, Delegierter der Union Französischer Flughäfen (UAF), MdEP Markus Pieper (EVP/DEU) sowie Alain Alexis, Direktor Staatliche Beihilfen Transport in der GD Wettbewerb.

## E n e r g i e

### **Kommission; Prüfung der Wassernutzungskonzessionen für Wasserkraftwerke**

Am 18.09.2013 kündigte die Kommission an, die Vergabe der Wassernutzungskonzessionen an den portugiesischen Stromversorger EDP zu überprüfen. 2007 hatte EDP Wassernutzungskonzessionen, die teilweise bis 2052 laufen, für 759 Mio. EUR erworben. 2012 sind bei der Kommission Beschwerden eingegangen, dass es sich bei dieser Vergabe um eine unzulässige staatliche Beihilfe handle. Die bezahlte Summe entspreche nicht dem Vorteil durch die lange Laufzeit und verschaffe EDP einen übermäßigen Wettbewerbsvorteil. Im Zuge dieses Verfahrens fordert die Kommission Informationen auch aus anderen Mitgliedstaaten an.

[http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case\\_details.cfm?proc\\_code=3\\_SA\\_35429](http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=3_SA_35429)

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Neuer Indikator zur Messung von Innovation**

Die Förderung von Forschung und Innovation ist ein Kernbestandteil der Strategie „Europa 2020“ und soll erheblich dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit Europas bis zum Ende des Jahrzehnts zu erhöhen. Bereits der jährlich erscheinende Bericht der Kommission zum „Stand der Innovationsunion“ und der „Leistungsanzeiger der Innovationsunion“ (Innovation Union Scoreboard, IUS) machen in regelmäßigen Abständen deutlich, dass die Innovationsleistung der einzelnen EU-Mitgliedstaaten weit auseinanderklafft: So belegen Staaten wie SWE, DEU, IRL und LUX regelmäßig Spitzenplätze, während LET, LIT und BUL mit deutlichem Abstand zurückliegen. Bereits mit Verabschiedung der Strategie „Europa 2020“ Anfang 2011 forderte der Europäische Rat die Kommission auf, einen das IUS ergänzenden Indikator vorzulegen, der Aufschluss über die Innovationsintensität der Mitgliedstaaten gibt. Rechtzeitig vor dem kommenden Europäischen Rat im Oktober 2013, auf dem die Staats- und Regierungschefs über Innovationsförderung sprechen werden, hat die Kommission am 13.09.2013 einen entsprechenden Indikator vorgelegt. Dieser setzt sich aus vier Komponenten zusammen: (1.) technologische Innovation (Zahl der

Patente pro Mitgliedstaat), (2.) Wirtschaftsstruktur (Zahl der Beschäftigten in wissensintensiven Tätigkeiten), (3.) Wettbewerbsfähigkeit wissensintensiver Güter und Dienstleistungen (Handelsbilanz von Technologieprodukten sowie Beitrag der wissensintensiven Dienstleistungen am Gesamtexport) und (4.) Beschäftigung in wachstumsstarken Unternehmen der innovativen Sektoren (als wachstumsstark gelten demnach Unternehmen mit einem Beschäftigtenzuwachs von über 10% jährlich in drei aufeinander folgenden Jahren).

[http://ec.europa.eu/research/press/2013/pdf/indicator\\_of\\_innovation\\_output.pdf](http://ec.europa.eu/research/press/2013/pdf/indicator_of_innovation_output.pdf)

## Finanzdienstleistungen

### **EP; Bankenunion / Bankenaufsicht (EBA)**

Das EP-Plenum nahm am 12.09.2013 legislative Entschlüsse zu den Verordnungsvorschlägen der Kommission vom 12.09.2012 für einen einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism - SSM) für Banken an. Berichterstatter sind MdEP Marianne Thyssen (EVP/BEL) und MdEP Sven Giegold (GRÜNE/DEU). Bereits am 22.05.2013 hatte das EP-Plenum die am 19.03.2013 in den Trilogverhandlungen mit dem Rat erzielte Einigung bestätigt. Die Kernpunkte der Einigung sind: Die direkte Aufsicht durch die EZB umfasst Banken, deren Bilanzsumme 30 Mrd. EUR übersteigt. Die übrigen Banken werden weiterhin durch nationale Aufsichtsbehörden beaufsichtigt. Die EZB hat das Recht, die direkte Aufsicht über jede Bank zu übernehmen, wenn sie dies für erforderlich hält. Zur Gewährleistung der Trennung der Aufsichtsfunktion der EZB von ihren geldpolitischen Aufgaben wird ein Vermittlungsgremium eingeführt, das bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Aufsichtsgremium und dem EZB-Rat entscheidet. Die am einheitlichen Aufsichtsmechanismus teilnehmenden Nicht-Eurostaaten sollen weitgehend gleichgestellt werden. Alle Aufsichtsentscheidungen werden in einem Aufsichtsgremium vorbereitet, die Nicht-Eurostaaten können sich bei sie betreffenden Aufsichtsentscheidungen an einen Vermittlungsausschuss wenden. Entscheidungen der EBA über die Frage von Verstößen gegen EU-Recht und zur verbindlichen Streitbeilegung sollen durch ein unabhängiges Gremium getroffen werden. Die Entscheidungen bedürfen der Bestätigung mit sog. "doppelter Mehrheit". Zur Stärkung der demokratischen Rechenschafts- und Berichtspflichten ist vorgesehen, dass die Ernennung des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsgremiums in der EZB der Zustimmung des EP bedarf. Die formelle Annahme der Legislativakte durch das EP-Plenum war seinerzeit mit Blick auf die zwischenzeitlich abgeschlossene interinstitutionelle Vereinbarung zwischen EP und EZB, in der Einzelheiten der Rechenschaftspflicht der EZB in ihrer Funktion als Bankenaufsicht geregelt werden, auf September 2013 verschoben worden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0371+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0372+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **EP; Bankenunion / Bankenabwicklung**

Der EP-Wirtschaftsausschuss führte am 17.09.2013 eine erste Aussprache zum Verordnungsvorschlag der Kommission vom 10.07.2013 für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism - SRM) für Banken (vgl. BaB 13/2013). Dieser stellt die zweite Säule der von den Staats- und Regierungschefs geforderten Bankenunion dar und soll den einheitlichen Aufsichtsmechanismus, der die direkte Aufsicht der EZB über große, systemrelevante Banken ab Ende 2014 vorsieht, ergänzen. Mit dem einheitlichen



Abwicklungsmechanismus soll auch der institutionelle Rahmen für die im Richtlinienvorschlag zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen vorgesehenen Mechanismen geschaffen werden, mit denen bei Schieflagen von Kreditinstituten Destabilisierungen des Finanzsystems und erneute Belastungen der nationalen Haushalte verhindert werden sollen. Die Zielsetzung des Verordnungsvorschlags und der vorgeschlagene einheitliche Abwicklungsmechanismus, einschließlich eines einheitlichen Abwicklungsfonds wurden fraktionsübergreifend überwiegend unterstützt. Schwerpunkte der Debatte waren die finanzielle Ausstattung des Abwicklungsfonds, der durch Beiträge des Bankensektors finanziert werden soll, insbesondere in der Aufbauphase sowie mögliche Überbrückungsmöglichkeiten. Vorschläge zur vorübergehenden Heranziehung des ESM wurden u. a. von MdEP Dr. Wolf Klinz (ALDE/DEU) kritisch beurteilt.

### **Kommission; Indizes**

Die Kommission legte am 18.09.2013 einen Verordnungsvorschlag über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Benchmark verwendet werden, vor. Benchmarks sind Indizes, die anhand eines repräsentativen Datensatzes ermittelt und als Referenzkurs für Finanzinstrumente, Finanzkontrakte oder zur Messung der Wertentwicklung von Investmentfonds herangezogen werden. Ziel der Kommission ist es, nach den Manipulationen im Zusammenhang mit LIBOR (London Interbank Offered Rate) und EURIBOR (Euro Interbank Offered Rate) die Zuverlässigkeit der verwandten Indizes zu erhöhen und Prävention und Bekämpfung von Manipulationen zu erleichtern. Die Kernelemente des Verordnungsvorschlags sind Optimierung der Unternehmensführung und Kontrolle beim Benchmark-Prozess, die Verbesserung der Qualität der für Benchmarks verwendeten Daten und Methoden, Maßnahmen zur Erhöhung des Anlegerschutzes und die Sicherstellung der Beaufsichtigung kritischer Benchmarks. Zentralbanken, die dem Europäischen System der Zentralbanken angehören, sind vom Anwendungsbereich ausgenommen, da sie bereits über Systeme verfügen, die die Einhaltung der Vorschriften des Verordnungsvorschlags gewährleisten. Detailliertere Vorschriften zu Rohstoff-Benchmarks und Referenzzinssätzen sind in den Anhängen des Verordnungsvorschlags enthalten. Zur Vermeidung einer Mehrfachregulierung, sind Benchmarks, deren Daten von regulierten Märkten bereitgestellt werden, von bestimmten Pflichten ausgenommen.

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/securities/benchmarks/index\\_de.htm#maincontentSec1](http://ec.europa.eu/internal_market/securities/benchmarks/index_de.htm#maincontentSec1)

### **EuGH; Leerverkäufe**

Am 12.09.2013 stellte der Generalanwalt beim EuGH seine Schlussanträge in der Rechtssache C-270/12 GBR gegen EP und Rat zur Verordnung zu Leerverkäufen und Credit Default Swaps. GBR hatte den Antrag auf Nichtigkeit von Artikel 28 der Verordnung gestellt. Artikel 28 regelt spezifische Eingriffsbefugnisse der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA. Die Klagebegründung stützt sich auf die Urteile des EuGH in den Rechtssachen Meroni und Romano, auf eine Verletzung von Artikel 290 und 291 AEUV und die fehlende Ermächtigungsgrundlage für Artikel 28 der Verordnung. Nach Ansicht des Generalanwalts fehlt eine ausreichende Ermächtigungsgrundlage. Die übrigen vorgebrachten Nichtigkeitsgründe seien hingegen unbegründet. Die zugrundeliegende Ermächtigungsgrundlage, Artikel 114 AEUV sei eine allgemeine Ermächtigungsgrundlage, nach der die Kommission zur Verwirklichung des Binnenmarkts oder um dessen Funktionieren zu gewährleisten, tätig werden kann. Diese werde nach Ansicht des Generalanwalts überschritten. Die angeführten Urteile

des EuGH seien hingegen nicht geeignet, eine Nichtigkeit von Artikel 28 der Verordnung zu begründen. Ein Verstoß gegen Artikel 290 und 291 AEUV sei ebenfalls nicht ersichtlich.

<http://curia.europa.eu/juris/celex.jsf?celex=62012CC0270&lang1=de&type=NOT&anc re>

### **EP; Wohnimmobilienkreditverträge**

Das EP-Plenum nahm am 10.09.2013 eine Entschließung auf der Grundlage des Berichts von MdEP Antolín Sánchez Presedo (S&D/ESP) zum Richtlinienvorschlag der Kommission vom 31.03.2011 für eine Richtlinie über Wohnimmobilienkreditverträge an. Ziel der Kommission war es, als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise Praktiken exzessiver Kreditvergabe und –aufnahme zu unterbinden und einen effizienten, wettbewerbsorientierten Hypothekenkreditmarkt zu schaffen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0341+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **EP; Marktmissbrauch**

Das EP-Plenum nahm am 10.09.2013 eine legislative Entschließung auf der Grundlage des Berichts von MdEP Arlene McCarthy (S&D/GBR) zum Vorschlag der Kommission für eine Verordnung über Insidergeschäfte und Marktmanipulation an. Mit dem Verordnungsvorschlag soll der Rechtsrahmen der Marktmissbrauchsrichtlinie aus dem Jahr 2003 optimiert werden. Ziel der Vorschläge ist es, die neuen Möglichkeiten für Marktmanipulationen zu erfassen, die sich aus neuen Handelsplattformen und -techniken ergeben. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass Insiderhandel und Marktmanipulation in allen Mitgliedstaaten strafrechtlich verfolgt werden. Das EP-Plenum spricht sich für deutlich schärfere Regeln zur Bekämpfung von Marktmanipulation und Insidergeschäften aus.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0342+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

## **F i n a n z e n**

### **G 20; Treffen der G-20-Staats- und Regierungschefs in Sankt Petersburg**

Am 05./06.09.2013 fand der achte G-20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Sankt Petersburg statt. Neben den Debatten um die den Gipfel beherrschende Syrienkrise verständigten sich die G-20 Staats- und Regierungschefs auf einen Zeitplan zur Regulierung von Schattenbanken. Die Details der einzelnen Schritte sollen im November 2013 festgelegt werden. Vereinbart wurde auch, stärker gegen Steuerhinterziehung, schädliche Steuerpraktiken und aggressive Steuergestaltung vorzugehen. Der von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erarbeitete Aktionsplan gegen eine Erosion der Steuerbemessungsgrundlage durch Gewinnverlagerung (BEPS) wurde gebilligt. Der Plan umfasst 15 einzelne Maßnahmen. Im Kern soll erreicht werden, dass Gewinne dort versteuert werden, wo sie verdient werden, wo wirtschaftliche Aktivitäten und die Wertschöpfung stattfinden. Insbesondere müssten Doppelbesteuerungsabkommen und bilaterale Steuervereinbarungen überarbeitet werden. Betroffen seien u.a. Themenkomplexe wie Verrechnungspreise, Abzug von Zinszahlungen, die Betriebsstättenproblematik oder schädlicher Steuerwettbewerb. Den multinationalen Unternehmen sollen größere Informationspflichten auferlegt werden. Sie sollen u.a. Auskunft geben über die weltweite Allokation ihrer Gewinne und Steuerzahlungen. Der Zeitraum für die Umsetzung beträgt 18 bis 24 Monate. Die Staats- und

Regierungschefs billigten auch den OECD-Vorschlag für ein weltweites Modell des grenzüberschreitenden automatischen Informationsaustauschs in Steuersachen. Die OECD beabsichtigt in Konsultation mit den G-20-Staaten bis Februar 2014 ein erstes Modell für einen solchen Informationsaustausch vorzulegen, dessen technische Modalitäten bis Mitte 2014 feststehen sollen. Die G-20-Staaten planten – parallel dazu – mit dem automatischen Informationsaustausch untereinander in Steuersachen Ende 2015 zu beginnen. Daneben wurde vereinbart Handelsbeschränkungen entgegenzuwirken; das sog. Stand-still-Abkommen wurde um zwei Jahre verlängert.

<http://www.g20.org/news/20130906/782776427.html>

### **Kommission, EP, Rat; Modernisierter Zollkodex verabschiedet, Beratungen in Vilnius**

Am 11.09.2013 verabschiedete das EP mit Änderungen den von EU-Steuerkommissar Šemeta erarbeiteten modernisierten Zollkodex, der sicher stellen soll, dass die Zollverwaltungen effizienter und kostenbewusster arbeiten und die Herausforderungen der modernen Wirtschaft bestehen können. Die gemeinsamen Bestimmungen gehen über die Zollunion als solche - mit ihrem gemeinsamen Zolltarif - hinaus und betreffen alle Aspekte der Handelspolitik, zum Beispiel Präferenzregelungen, Gesundheits- und Umweltkontrollen, die gemeinsame Agrar- und Fischereipolitik, den Schutz unserer gemeinsamen Interessen durch nichttarifäre Instrumente und Maßnahmen im Bereich Außenpolitik. Die Verabschiedung erfolgte im Vorfeld der Tagung der Ratsarbeitsgruppe zur Zollunion am 19.09.2013 in Vilnius. Weitere Themen sind: Internationale Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden der EU und anderer Ländern 2013-2015, Zusammenarbeit mit den Ländern der Ostnachbarschaft und die Vorbereitungen auf das 10. Treffen der Leiter der ASEM-Zölle, das am 17.-18. 10. 2013 in Wien stattfinden wird.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2013-0359&language=DE&ring=A7-2013-0006>

<http://www.eu2013.lt/de/news/pressemitteilungen/in-der-sitzung-der-arbeitsgruppe-des-eu-rates-fur-zollunion-steht-die-internationale-zusammenarbeit-der-zollbehorden-im-mittelpunkt>

### **Euro-Gruppe, IWF; Genehmigung einer Tranche des Hilfsprogramms für CYP**

Am 13.09.2013 erklärten die Finanzminister der Euro-Gruppe aufgrund des ersten Überprüfungsberichts der Troika, dass sich CYP auf dem richtigen Wege der Reformen befinde und die Voraussetzungen für weitere Hilfe erfüllt seien. Somit solle Ende 09/2013 eine weitere Tranche aus dem Hilfsprogramm in Höhe von 1,5 Mrd. EUR freigegeben werden. Das IWF-Direktorium beschloss seinerseits am 16.09.2013 eine weitere Auszahlung von 84,7 Mio. EUR freizugeben.

[http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/en/ecofin/138731.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/138731.pdf)

<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr13344.htm>

### **Kommission; Aktualisierung des Entwurfs des Haushaltsplans 2014**

Nach Festlegung der Standpunkte des Rates und deutlicher Kritik aus den Reihen des EP (vgl. BaB 15/2013), legte nun die Kommission am 18.09.2013 Änderungen zu ihrem Entwurf des EU-Haushaltsplans 2014 vor. Die Änderungen ergeben sich hauptsächlich aus der politischen Einigung zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 zwischen dem EP, dem Rat und der Kommission vom 27./28.06.2013. Zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und Stärkung der Forschung, würden die Finanzierungsmöglichkeiten für 2014 für Erasmus+ (das neue Programm der EU für allgemeine und berufliche Bildung und Jugend) um 130 Mio. EUR, für COSME



(neues Programm zur Förderung der unternehmerischen Initiative, insbesondere für KMUs) um 30 Mio. EUR und für Horizont 2020 (neues Programm für Forschung und Innovation) um 200 Mio. EUR erhöht. Im Rahmen der oben angeführten politischen Einigung schlägt die Kommission vor, CYP zusätzlich 200 Mio. EUR (davon 100 Mio. EUR im Jahr 2014) zukommen zu lassen. Dies solle CYP helfen, in Energieeffizienz zu investieren, KMUs zu unterstützen und Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Die Finanzierung stamme aus den Strukturfonds und dem Flexibilitätsinstrument, über das zusätzliche Mittel in genau definierten Fällen bereitgestellt werden könnten. Der Vorschlag umfasst auch finanzielle Mittel und Humanressourcen für die Schaffung einer neuen Generation von gemeinsamen Technologieinitiativen (öffentlich-private und/oder öffentlich-öffentliche Partnerschaften), die z.B. auf neue und wirksamere Diagnostik und Behandlungen, auf die Entwicklung neuer und wettbewerbsfähiger biobasierter Wertschöpfungsketten oder sauberer Energielösungen abzielen. Diese Initiativen würden aus dem neuen Programm Horizont 2020 finanziert. Die Kommission schlägt auch vor, spezielle Haushaltslinien zu schaffen, um Anfragen nach technischer Hilfe aus den Mitgliedstaaten begegnen zu können, die vorübergehende Haushaltsschwierigkeiten hätten. Die Einrichtung dieser Linien habe keine Auswirkungen auf den EU-Haushalt.

[http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/2014/AL/COM\\_2013\\_644\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/2014/AL/COM_2013_644_en.pdf)

### **EuGH; Urteil zum Pro-rata-Satz für den Vorsteuerabzug**

Am 12.09.2013 entschied der EuGH, dass eine Gesellschaft, deren Hauptniederlassung in einem Mitgliedstaat ansässig ist, in die Berechnung des Pro-rata-Satzes für den Vorsteuerabzug nicht die Umsätze ihrer ausländischen Zweigniederlassungen einbeziehen könne. Die 6. Mehrwertsteuer-Richtlinie sehe die Anwendung eines „globalen Pro-rata-Satzes“ nicht vor. Der EuGH weist in seinem Urteil u.a. darauf hin, dass der in der Richtlinie vorgesehene Vorsteuerabzug den Unternehmer vollständig von der im Rahmen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit geschuldeten oder entrichteten MwSt. entlasten soll. Der Gerichtshof stellt fest, dass die Richtlinie dahin auszulegen ist, dass eine Gesellschaft, deren Hauptniederlassung in einem Mitgliedstaat ansässig ist, für die Bestimmung des für sie geltenden Pro-rata-Satzes des Vorsteuerabzugs nicht den Umsatz berücksichtigen kann, den ihre in Drittstaaten ansässigen Zweigniederlassungen erzielt haben. Außerdem stellt der Gerichtshof fest, dass die Richtlinie es einem Mitgliedstaat nicht erlaubt, für die Berechnung des Pro-rata-Satzes des Vorsteuerabzugs für jeden Tätigkeitsbereich einer steuerpflichtigen Gesellschaft eine Regelung vorzusehen, nach der die Gesellschaft den Umsatz berücksichtigen darf, den eine in einem anderen Mitgliedstaat oder in einem Drittstaat ansässige Zweigniederlassung erzielt hat.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-09/cp130102de.pdf>

### **Kommission; Studie zum Mehrwertsteuerausfall vorgestellt**

Laut einer von der Kommission am 19.09.2013 vorgelegten Studie über den Mehrwertsteuerausfall in den Mitgliedstaaten liegen die auf Verstöße oder Nichteinzahlung zurückzuführenden Verluste bei den Mehrwertsteuereinnahmen gemeinschaftsweit im Jahr 2011 bei schätzungsweise 193 Mrd. EUR (1,5% des BIP). Die Studie enthält detaillierte Angaben über die Differenz zwischen der geschuldeten MwSt. und dem tatsächlich in 26 Mitgliedstaaten zwischen 2000-2011 eingezogenen Betrag (Ausfall: z.B. DEU 27 Mrd. EUR, FRA 32 Mrd. EUR, ITL 36 Mrd. EUR). Zudem werden die wichtigsten Faktoren, die zum Entstehen des MwSt.-Ausfalls beitragen, zusammen mit einem Überblick über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die MwSt.-Einnahmen aufgezeigt.

[http://ec.europa.eu/taxation\\_customs/common/publications/studies/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/publications/studies/index_de.htm)

### **EP; MdEP fordern qualitativ hochwertige Praktika**

Die MdEP verabschiedeten am 11.09.2013 in der Plenarsitzung des EP in Straßburg zwei Entschlüsse: Eine „zur Durchführung der EU-Jugendstrategie 2010-2012“ und eine weitere „zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit: Mögliche Auswege“. Beide Entschlüsse sehen Maßnahmen vor, um jungen Erwachsenen den Einstieg ins Berufsleben oder den Erhalt eines Praktikumsplatzes zu vereinfachen. Außerdem fordern die MdEP die Unterstützung seitens der EU sowie Qualitätsstandards für Praktika und Ausbildungsplätze. Die MdEP sind der Ansicht, dass „Jugendgarantie“-Projekte allein nicht genügen, um der Jugendarbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Das EP-Plenum fordert die europäischen Organe auf, mit gutem Beispiel voranzugehen und die Werbung für unbezahlte Praktika von ihren Internet-Seiten zu entfernen und allen ihren Praktikanten eine Mindestvergütung auf der Grundlage der Lebenshaltungskosten vor Ort zu zahlen. Schließlich sollen Kommission und Mitgliedstaaten die Annäherung zwischen Arbeitswelt und Bildungswesen fördern, um Ausbildungswege, wie z.B. die duale Ausbildung, zu entwickeln, die jungen Menschen die notwendigen allgemeinen Fähigkeiten und spezifischen Fachkompetenzen vermitteln.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0365+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **EP; Plenum fordert Abbau des geschlechterspezifischen Lohngefälles**

In einer Entschlüsse vom 12.09.2013 bedauern die MdEP, dass die Verringerung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles in der EU nur langsam vorangehe. Sie stellen nachdrücklich fest, dass die Verringerung der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern durch Abbau des geschlechtsspezifischen Lohngefälles nicht nur für Frauen sondern auch für die Gesellschaft als Ganzes von Vorteil sei. Die Angleichung der Löhne von Männern und Frauen solle nicht als Kostenfaktor sondern als Investition betrachtet werden. Schließlich wird die Kommission aufgefordert, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, das geschlechtsspezifische Lohngefälle jährlich um mindestens 5% zu verringern, mit dem Ziel, dieses bis zum Jahr 2020 vollständig abzubauen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0375+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **Kommission; Maßnahmen gegen neue Suchtstoffe**

Die Kommission hat am 17.09.2013 in ihrem Verordnungsvorschlag „Neue psychoaktive Substanzen“ richtungsweisende Maßnahmen gegen neue Suchtstoffe „Legal Highs“ vorgeschlagen. Hierbei handelt es sich um neue psychoaktive Substanzen, die alternativ zu illegalen Drogen wie Kokain und Ecstasy verwendet werden. Die Kommission folgt damit Warnungen der EBDD (Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht) und von Europol hinsichtlich des Ausmaßes des Problems und einem Bericht von 2011, dem zufolge der derzeitige EU-Mechanismus für die Bekämpfung neuer psychoaktiver Substanzen ausgebaut werden müsse. Die Zahl neuer psychoaktiver Substanzen habe sich in der EU von 2009 bis 2012 verdreifacht. Kernpunkte des Vorschlags sind ein schnelleres Verfahren zum Verbot dieser Substanzen (derzeit dauert ein Verfahren mindestens zwei Jahre) und ein abgestufter Ansatz, bei dem Substanzen mit einem gemäßigten Risiko Beschränkungen auf dem Verbrauchermarkt unterliegen, während Substanzen mit einem hohen Risiko vollständig verboten werden.

[http://ec.europa.eu/justice/anti-drugs/files/com\\_2013\\_619\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/justice/anti-drugs/files/com_2013_619_en.pdf)

### **Eurostat; Anstieg der Arbeitskosten im Euroraum und in der EU27 im zweiten Quartal abgeschwächt.**

Wie Eurostat am 16.09.2013 mitteilte, hat sich der Anstieg der Arbeitskosten mit den Hauptkomponenten Löhne, Gehälter und Lohnnebenkosten im zweiten Quartal 2013 im Euroraum und in der EU27 auf +0,9% abgeschwächt. Im Vorjahresquartal waren die Arbeitskosten pro Stunde im Euroraum noch um +1,7% und in der EU27 um +2,0% gestiegen. Von den Mitgliedstaaten, für die Daten für das zweite Quartal 2013 vorliegen, verzeichneten EST (+7,7%), LIT (+6,5%) und ROM (+6,0%) die höchsten jährlichen Anstiege der Arbeitskosten pro Stunde für die gesamte Wirtschaft. Rückgänge wurden in SLO (-5,9%), CYP(-4,6%), KRO (-0,6%) und ESP (-0,3%) verzeichnet.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STAT-13-135\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-135_de.htm)

### **Eurostat; Zahl der Erwerbstätigen im Euroraum um 0,1% gefallen und in der EU27 stabil**

Wie Eurostat am 13.09.2013 mitteilte, ist die Zahl der Erwerbstätigen im zweiten Quartal 2013 gegenüber dem Vorquartal im Euroraum um 0,1% gefallen und in der EU27 stabil geblieben. Im ersten Quartal 2013 war die saisonbereinigte Zahl der Beschäftigten im Euroraum um 0,4% und in der EU27 um 0,2% zurückgegangen. Gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal nahm die Beschäftigung im zweiten Quartal 2013 im Euroraum um 1,0% und in der EU27 um 0,4% ab (nach -1,0% bzw. -0,5% im ersten Quartal 2013). Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten EST (+1,5%), LIT und PTL (je +0,8%), LUX (+0,7%), die CZR und IRL (je +0,5%) die höchsten Wachstumsraten im Vergleich zum Vorquartal, während CYP (-2,1%), ESP (-0,5%), die ND, SLO und die SLK (je -0,4%) die stärksten Rückgänge meldeten.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_STAT-13-133\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-133_de.htm)

### **Kommission; Erhöhtes Jobpotenzial im Gesundheitswesen**

Die Kommission veröffentlichte am 09.09.2013 den Europäischen Monitor für offene Stellen. Demnach nahm gemeinschaftsweit die Beschäftigung im Gesundheitswesen zwischen 2008 und 2012 jährlich um fast 2% zu. 2012 gab es knapp eine Mio. Neueinstellungen. Im Gegensatz dazu ging auf dem EU-Arbeitsmarkt insgesamt der Bedarf an Arbeitskräften zurück. Rund 10% der Beschäftigten in der EU sind im Gesundheitswesen tätig. Dem Europäischen Monitor für offene Stellen zufolge arbeiten etwa 60% davon in DEU und GBR. Am stärksten nahm die Beschäftigung bei den Berufen Pflegekraft im Gesundheitswesen, Softwareentwickler und -analysten, Sekretariatsfachkraft, Leiter im Bereich Bergbau, Produktion und Bau sowie Grundschullehrer und Erzieher zu. Gesundheitsberufe gehören zu den wichtigsten „Engpassberufen“ in Europa.

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=10796&langId=en>

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### **Kommission; Säuglingssterblichkeit in der EU sinkt**

Die großen Unterschiede bei der Lebenserwartung und der Säuglingssterblichkeit, die in der Vergangenheit zwischen den EU-Staaten zu beobachten waren, reduzieren sich. Dies geht aus einem am 09.09.2013 von der Kommission veröffentlichten Bericht hervor. Die Schere zwischen der höchsten und der niedrigsten Lebenserwartung in der EU27 hat sich bei Männern zwischen 2007 und 2011 um 1% geschlossen, bei Frauen waren es 4% zwischen 2006 und 2011. Die Differenz zwischen dem Mitgliedstaat mit der höchsten Säuglingssterblichkeitsziffer

und demjenigen mit der niedrigsten Ziffer verringerte sich zwischen 2001 und 2011 von 15,2 auf 7,3 je 1000 Lebendgeburten. Auch die durchschnittliche Säuglingssterblichkeitsziffer in der EU sank in diesem Zeitraum von 5,7 auf 3,9 pro 1000 Lebendgeburten.

[http://ec.europa.eu/health/social\\_determinants/docs/report\\_healthinequalities\\_sw\\_d\\_013\\_328\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/health/social_determinants/docs/report_healthinequalities_sw_d_013_328_en.pdf)

### **Kommission, Rat; Weitere Finanzierung von Studien zu Verlusten bei Honigbienen**

Der Ständige Ausschuss für Tiergesundheit stimmte am 10.09.2013 dem Vorschlag der Kommission zur Bewilligung von Finanzmitteln in Höhe von ca. 1.84 Mio. EUR zur Kofinanzierung von Studien der Mitgliedstaaten über Verluste bei Honigbienen zu.

[http://ec.europa.eu/food/animal/liveanimals/bees/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/food/animal/liveanimals/bees/index_en.htm)

### **Kommission; Roaming abschaffen**

Die Kommission veröffentlichte am 12.09.2013 ihr Verordnungspaket zur Überarbeitung der Rahmengesetzgebung für die Telekommunikationsbranche veröffentlicht. Neben der Abschaffung der Roaminggebühren innerhalb der EU zum 01.07.2014 sieht der Verordnungsentwurf vereinfachte Regelungen für Zulassungen innerhalb der EU (eine Zulassung statt jeweils eine in den 28 Mitgliedstaaten) zur Netzneutralität vor. Zudem sieht das Paket eine Stärkung der Verbraucherrechte vor, wie z.B. klar formulierte Verträge, erweiterte Rechte in Bezug auf Anbieter- oder Vertragswechsel und Kündigungsrechte bei Nichterfüllung von vertraglich Zugesagtem, wie z.B. Internetgeschwindigkeit.

<https://ec.europa.eu/digital-agenda/en/news/regulation-european-parliament-and-council-laying-down-measures-concerning-european-single>

## U m w e l t

### **Kommission; Positiver Trend bei kommunalem Abwasser**

Am 07.08.2013 veröffentlichte die Kommission den siebten Bericht zur Umsetzung der Richtlinie über die Behandlung kommunaler Abwässer (Abwasser-Richtlinie) in den Mitgliedstaaten von 2009 bis 2010. Die Ergebnisse zeigen, dass die Mitgliedstaaten mit hohen Standards das Niveau halten konnten. Die jüngeren Mitgliedstaaten erreichen diese Standards noch nicht, haben sich jedoch verbessert. DEU gehört mit den NDL und AUT zu den Spitzenreitern. Die Quote der Erstbehandlung von Abwässern lag EU-weit bei 91%, bei der Zweitbehandlung bei 82%. Eine anschließende Weiterbehandlung fand noch bei 77% der Abwässer statt. Diese Zahlen bedeuten eine deutliche Verbesserung zum sechsten Bericht, zeigen jedoch auch, dass die Abwasser-Richtlinie in einzelnen Ländern immer noch nicht richtig umgesetzt wird.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0574:FIN:DE:PDF>

### **Kommission; Verordnungsvorschlag zu invasiven Arten**

Am 09.09.2013 veröffentlichte die Kommission einen Verordnungsvorschlag zur Prävention und Kontrolle von invasiven Arten und deren negativen Einfluss auf die Biodiversität und die Ökosystemdienstleistungen. Nur etwa 120 bis 180 der 12.000 gebietsfremden Arten in der EU sind für die Kosten von jährlich 12 Mrd. EUR verantwortlich. Die ökologischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen dieser invasiven Arten sollen durch EU-weite Kooperation der bereits bestehenden nationalen Mechanismen, der Installierung von Warnmechanismen und Kontrollen



bekämpft werden. Dazu soll eine Liste mit den 50 schädlichsten Arten auf EU-Ebene erstellt werden.

<http://ec.europa.eu/environment/nature/invasivealien/docs/proposal/de.pdf>

### **EP; Votum des EP für eine Begrenzung von herkömmlichen Biokraftstoffen**

Am 11.09.2013 stimmte das EP für eine Begrenzung des Anteils von herkömmlichen Biokraftstoffen an dem 10%-Ziel der 2020-Klimaziele für den Verkehrssektor. Das EP möchte den Anteil von herkömmlichen Biokraftstoffen auf 6 % begrenzen. Dafür sollen Biokraftstoffe der zweiten Generation (z.B. aus Algen oder bestimmtem Restmüll) bis 2020 einen Anteil von 2,5% ausmachen. Gründe für die Änderungsinitiative sind u.a. die Kritik an der Nutzung von Lebensmitteln zur Kraftstoffgewinnung und die teilweise damit verbundene Rodung von Wäldern. Um letzteres mit in die Energiebilanz von Biokraftstoffen einzubeziehen, wird ab 2020 der indirekte Landnutzungsänderungsfaktor (ILUC-Faktor) für alle Biokraftstoffe eingeführt.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bCOMPARL%2bPE-508.236%2b01%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fDE>

### **EP; Verschiebung der Abstimmung zur Umweltverträglichkeitsprüfung**

Am 11.09.2013 beschloss das EP-Plenum, die Abstimmung über den Bericht von MdEP Zaroni (ALDE/ITL) zur Revision der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) auf den 08.10.2013 zu verschieben. Eine Mehrheit der MdEP hatte sich für die Verschiebung ausgesprochen, da der Inhalt des Vorschlages heftig umstritten ist. Vor allem die Ausweitung der UVP auf Themen wie Alternativenprüfung, Erweiterung des Prüfungsumfanges und die Änderung von Flugrouten wird von den MdEPs kontrovers gesehen. Auch die Einführung von Klimawandel, Biodiversität und Katastrophenschutz als Untersuchungskriterien der UVP geht vielen zu weit. Ebenso wurde erneut die Möglichkeit eröffnet, weitere Änderungsanträge einzureichen.

[http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2012/0297\(COD\)&l=en](http://www.europarl.europa.eu/oeil/popups/ficheprocedure.do?reference=2012/0297(COD)&l=en)

### **EuRH; EU-Beihilfen für private Wälder müssen effizienter werden**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 19.09.2013 seine Ergebnisse zur Effektivität der EU-Beihilfen für den privaten Forstsektor. Von 2007-2013 standen der Kommission und den Mitgliedstaaten insgesamt 535 Mio. EUR für entsprechende Maßnahmen zur Verfügung. Der EuRH kam zu dem Schluss, dass keine ausreichenden Analysen über die wirtschaftlichen Wertsteigerungen der Wälder durch die Maßnahmen vorlagen. Es konnte zumeist nicht geklärt werden, ob die Beihilfen überhaupt einen europäischen Mehrwert geschaffen haben. Der EuRH empfiehlt, für den Zeitraum 2014-2020 eine genauere Definition der förderbaren Maßnahmen festzulegen, Leitlinien zur Wertbemessung aufzustellen und so die Mittel effektiver einzusetzen.

[http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR13\\_08/SR13\\_08\\_DE.pdf](http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR13_08/SR13_08_DE.pdf)

### **Kommission; Neue Forststrategie vorgestellt**

Am 20.09.2013 stellte die Kommission die neue Forststrategie für die EU vor, mit der sie den wachsenden ökonomischen, ökologischen und sozialen Anforderungen an den Wald gerecht werden möchte. Die Verarbeitung von Holz, Landnutzungsentwicklungen, Biodiversität, der Wald als CO<sub>2</sub>-Speicher, Ökosystemdienstleistungen, Erholung, Schutz vor Bodenerosion, Verwendung von Holz für Biomasse und die holzabhängige Industrie sind deshalb die wichtigsten Themen, die in der neuen Strategie angesprochen werden. Zudem soll ein

Informationsdienst gegründet werden, der Daten über alle europäischen Wälder sammelt und austauscht.

[http://ec.europa.eu/agriculture/forest/strategy/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/forest/strategy/index_en.htm)

## Landwirtschaft

### **EP; Befugnisse der Kommission zur Anpassung der „Frühstücksrichtlinien“**

Das EP beschloss in der Plenarsitzung am 11.09.2013 der Kommission die Kompetenz zum Erlass delegierter Rechtsakte im Bereich Lebensmittelsicherheit zu übertragen. Es handelt sich hierbei um die Ausführungen zu den Richtlinien 1999/4/EG über Kaffee- und Zichorien-Extrakte, 2000/36/EG über Kakao- und Schokoladeerzeugnisse für die menschliche Ernährung, 2001/111/EG über bestimmte Zuckerarten für die menschliche Ernährung, 2001/113/EG über Konfitüren, Gelees, Marmeladen und Maronencreme für die menschliche Ernährung und 2001/114/EG über bestimmte Sorten eingedickter Milch und Trockenmilch für die menschliche Ernährung. Die Befugnisübertragung erfolgt in Anpassung der Vorschriften an den Vertrag von Lissabon und dient zudem zur Anpassung an die technische Entwicklung sowie der Berücksichtigung der Änderungen einschlägiger internationaler Normen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0361+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **EP; Agrarausschuss diskutiert GAP-Übergangsregelungen für 2014**

Im EP-Agrarausschuss stellte MdEP Albert Deß (EVP/DE) am 02.09.2013 seinen Berichtsentwurf zum Kommissionsvorschlag für die Übergangsregelungen für die GAP im Jahr 2014 vor. Darin räumt Deß den Mitgliedstaaten die Möglichkeit ein, die Umverteilungsprämie für die ersten Hektarflächen zur stärkeren Unterstützung von Kleinbetrieben bereits ab 2014 einzuführen. Die Kommission hatte die Einführung erst ab 2015 vorgeschlagen. Die Bindung von Direktzahlungen an das mit der GAP-Reform verlangte Greening soll von 2015 auf 2016 verschoben werden. Deß begründete seinen Vorschlag mit dem notwendigen Vorlauf der Programme zur ländlichen Entwicklung. Im Gegensatz zum Kommissionsvorschlag befürwortet der Bericht auch die Fortsetzung der Förderung von Investitionen, z.B. für Modernisierungsmaßnahmen, in der Übergangsperiode über Mittel aus der 2. Säule. Der Ausschuss wird voraussichtlich am 30.09.2013 über seine Empfehlung abstimmen.

[http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009\\_2014/documents/agri/pr/938/938454/938454de.pdf](http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/agri/pr/938/938454/938454de.pdf)

### **Kommission, Rat; 50% der Direktzahlungen können vorgezogen werden**

Am 12.09.2013 stimmte der Verwaltungsausschuss für Direktzahlungen einstimmig dem Vorschlag der Kommission zu, den Mitgliedstaaten wie auch im Vorjahr zu ermöglichen, die Direktzahlungen für 2013 in Höhe von bis zu 50% vorzeitig auszuzahlen. Die EU-Mitgliedstaaten dürfen somit den Landwirten schon ab 16.10.2013 die Hälfte der Direktzahlungen gewähren, anstatt erst ab 01.12.2013. Für gekoppelte Tierprämien ist eine Anhebung des Prozentsatzes auf bis zu 80% möglich. Voraussetzung ist die Vornahme der üblichen Prüfungen durch die Mitgliedstaaten. Die EU-Kommission begründete den Schritt mit schwierigen Witterungsverhältnissen im Frühjahr.

[http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/127\\_en.htm](http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/127_en.htm)

### **EP; Stellungnahme zum Ehegüterrecht und Güterrecht für eingetragene Partnerschaften**

Am 10.09.2013 nahm das EP Stellung zu Verordnungsvorschlägen der Kommission über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen des Ehegüterrechts bzw. im Bereich des Güterrechts eingetragener Lebenspartnerschaften. Mit großer Mehrheit nahm das EP die zwei Berichte von MdEP Alexandra Thein (ALDE/DEU) zur freien Rechtswahl für Lebensgemeinschaften im Hinblick auf das Güterrecht an. Ziel der Vorschläge ist es, für mehr Rechtssicherheit hinsichtlich auftretender Rechtsfragen nach dem Scheitern internationaler Beziehungen zu sorgen. Die ursprünglichen Kommissionsvorschläge unterschieden sich hinsichtlich der Möglichkeit einer Rechtswahl und auch einer daran anknüpfenden Wahl des Gerichtsstands; den eingetragenen Partnerschaften wurde eine solche Möglichkeit nicht eröffnet. Die vorgeschlagenen neuen Regeln sind geschlechtsneutral und haben keinen Einfluss auf einzelstaatliche Rechtsvorschriften über die Ehe oder die eingetragenen Partnerschaften. Keine Anwendung werden diese Regeln in GBR, DNK und IRL finden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130906IPR18860/html/MEPs-call-for-equal-property-rights-for-registered-partners-and-married-couples>

### **EP; Annahme des Trilog-Ergebnisses zum Recht auf Rechtsbeistand**

Am 10.09.2013 nahm das EP mit dem von MdEP Elena Oana Antonescu (EVP/ROM) verfassten Entwurf einer Stellungnahme das Trilog-Ergebnis zu dem Richtlinienvorschlag der Kommission über das Recht auf Rechtsbeistand in Strafverfahren und das Recht auf Kontaktaufnahme bei der Festnahme vom 08.06.2011 mit großer Mehrheit an. Bei dem Richtlinienvorschlag handelt es sich um die dritte Maßnahme des Fahrplans zur Stärkung der Verfahrensrechte auf den sich der Rat der Justizminister verständigt hatte. Die Richtlinie sieht für Verdächtige bzw. Beschuldigte neben dem Recht auf Zugang zu einem Rechtsbeistand bei der ersten polizeilichen Befragung, dem Recht auf vertrauliche Zusammentreffen und Kommunikation, dem Recht auf eine aktive Rolle des Rechtsbeistands bei Befragungen, dem Recht auf Information einer Vertrauensperson und dem Recht auf Kontakt zu einer konsularischen Vertretung auch Rechte im Zusammenhang mit dem Europäischen Haftbefehl vor. Im Vergleich zu dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag sieht der Kompromiss einige Veränderungen vor, insbesondere wurden Fragen der „Prozesskostenhilfe“ (legal aid) ausdrücklich ausgeklammert.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0340+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **EuGH; Nichtbeachtung von Verteidigerrechten führt nicht ohne weiteres zu Haftentlassung**

Am 10.09.2013 entschied der EuGH, dass die Nichtbeachtung der Verteidigerrechte beim Erlass einer Entscheidung über die Verlängerung der Haft eines illegal aufhältigen Drittstaatenangehörigen im Hinblick auf seine Abschiebung nicht ohne weiteres zur Aufhebung der Haft führt. Das nationale Gericht hat zu prüfen, ob demjenigen, der eine solche Rechtsverletzung geltend macht, durch diese die Möglichkeit einer sachgerechteren Verteidigung in einem solchen Maße genommen wurde, dass das Verwaltungsverfahren, das zur Aufrechterhaltung der Haft geführt hat, zu einem anderen Ergebnis hätte führen können.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-09/cp130100de.pdf>



### **EuGH; Umfang des Zugangs zu Dokumenten der EU-Organe**

Am 12.09.2013 entschied der EuGH, dass die Organe der EU den Bürgern nur dann den Zugang zu internen Dokumenten verweigern dürfen, wenn dies zur Wahrung öffentlicher Interessen unbedingt notwendig ist. In der Rechtssache erklärte der EuGH den Beschluss des Rates, den Zugang zu einem den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) betreffenden Dokument zu verweigern, teilweise für nichtig.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-09/cp130103de.pdf>

### **EuGH; Wiederwahl des Präsidenten des EuG**

Marc Jaeger, seit dem 17.09.2007 Präsident des EuG, wurde am 16.09.2013 für eine dritte Amtszeit wiedergewählt. Die Wahl wurde im Anschluss an die feierliche Sitzung anlässlich der teilweisen Neubesetzung der Stellen der Mitglieder des Gerichts durchgeführt. Die neue Amtszeit von Marc Jaeger dauert bis zum 31.08.2016.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2013-09/cp130110de.pdf>

### **EP; Berichtsentwurf zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht (GEK)**

Am 17.09.2013 stimmte der Rechtsausschuss des EP (JURI) über den Berichtsentwurf der Ko-Berichtersteller MdEP Luigi Berlinguer (S&D/ITL) und MdEP Klaus-Heiner Lehne (EVP/DEU) zum Verordnungsvorschlag über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht (vgl. hierzu bereits BaB 18/2011 vom 21.10.2011; BaB 05/2012 vom 09.03.2012; BaB 04/2013 vom 22.02.2013 und BaB 06/2013 vom 22.03.2013) ab. Der Entwurf wurde mit großer Mehrheit angenommen. Im Vergleich zu dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag enthält der Entwurf zahlreiche Änderungen. So wird der Anwendungsbereich auf Fernabsatzverträge, insb. Onlineverträge, beschränkt. Auch stehen die Gewährleistungsrechte des Verbrauchers nicht mehr gleichrangig nebeneinander. Durch das GEK soll Unternehmen und Verbrauchern für innerhalb der EU angebotene Güter neben dem innerstaatlichen Vertragsrecht der Mitgliedstaaten ein eigenständiges einheitliches Regelwerk gewährt werden, wobei es den Vertragsparteien obliegt, dessen Anwendbarkeit zu vereinbaren. Ziel des Vorschlags ist es, die bestehende Unsicherheit auf Seiten der Verbraucher und Unternehmen aufgrund der Vielzahl der verschiedenen nationalen kaufrechtlichen Bestimmungen zu zerstreuen. Durch die Stärkung des Binnenmarktes und die Vereinfachung grenzüberschreitender Geschäfte soll dem Verbraucher eine größere Produktauswahl zu niedrigeren Preisen zu Verfügung stehen.

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20130916IPR20025/html/Common-European-Sales-Law-backed-by-legal-affairs-MEP>

I n n e r e s

### **EP; Neufassung der EU-Visum-Verordnung knapp angenommen**

Das EP hat der Neufassung der sog. EU-Visum-Verordnung ([EG] Nr. 539/2001) am 12.09.2013 zugestimmt. Die entsprechende Entschließung des EP wurde mit 328 Ja- und 257 Nein-Stimmen bei 46 Enthaltungen angenommen. Die EU-Visum-Verordnung bestimmt, für welche Staatsangehörigen Visumserfordernisse für den Schengenraum bestehen. Die nun zwischen Rat und EP vereinbarte Überarbeitung sieht zwei zentrale Neuerungen vor: Einerseits werden Visabefreiungen dergestalt zwischen der EU und Drittstaaten ausgehandelt, dass diese wechselseitig für EU-Bürger wie für Drittstaatler gelten (Gegenseitigkeitsmechanismus). Auf Grund der Praxis mancher Drittstaaten, für Bürger einiger EU-Mitgliedstaaten Visa zu verlangen

(z.B. USA und Kanada) und der hierdurch vorliegenden Verletzung des vorgenannten Gegenseitigkeitsmechanismus, wird nun ein Verfahren eingeführt, an dessen Ende die (temporäre) Aufhebung der Visafreiheit für die Staatsangehörigen jener Drittstaaten stehen kann. Zweite wichtige Neuerung ist, dass künftig die zu einer besonderen Belastung des Asylsystems führende erhebliche und plötzliche Zunahme an Asylsuchenden aus einem Drittstaat ebenfalls – als ultima ratio – eine Aussetzung der Visafreiheit für jenen Drittstaat zur Folge haben kann. Dies gilt nur im Falle einer geringen Anerkennungsquote der Asylsuchenden. Bzgl. der Erheblichkeit der Zunahme sind die jeweiligen Zeiträume im Vorjahr oder der letzte Sechsmonatszeitraum vor Befreiung von der Visumpflicht heranzuziehen. In beiden Fällen ist es zunächst an der Kommission, Maßnahmen zu ergreifen und diese in Absprache mit den jeweiligen Mitgliedstaaten durchzusetzen. Als ultima ratio kann am Ende jeweils die vorgenannte (temporäre) Aussetzung der Visafreiheit stehen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0370+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE#BKMD-3>

### **EP; Annahme des Entschließungsantrags „Online-Glücksspiel“**

Am 10.09.2013 hat das EP einen seitens des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) erstellten Entschließungsantrag zum Online-Glücksspiel beschlossen. Dieser bezieht sich primär auf die im Oktober 2012 vorgestellte Mitteilung der Kommission „Ein umfassender europäischer Rahmen für das Online-Glücksspiel“. Der Antrag wurde mit 572 Ja- und 79 Nein-Stimmen bei 61 Enthaltungen beschlossen. Das EP bekräftigt demnach, dass die Mitgliedstaaten aufgrund der potentiellen negativen gesundheitlichen und sozialen Folgen von Glücksspiel ungeachtet bestimmter Binnenmarktvorschriften grundsätzlich eigene zusätzliche Maßnahmen zum Schutz der Spieler festlegen können. Der grenzüberschreitende Charakter von Online-Glücksspielen erfordere neben diesen Maßnahmen aber auch eine koordinierte Zusammenarbeit auf EU-Ebene. Das EP empfiehlt gemeinsame Normen für Online-Glücksspiele u.a. für Identifizierungskontrollen, Zertifizierung von Software oder Steuerregelungen. Dabei sollen die Rechte und Pflichten der Dienstleister und der Verbraucher – insbesondere ein hohes Schutzniveau für Minderjährige und andere gefährdete Personen – sichergestellt und irreführende und exzessive Werbung unterbunden werden. Bzgl. laufender Vertragsverletzungs- und Beschwerdeverfahren fordert das EP die Kommission auf, den Dialog mit den jeweiligen Mitgliedstaaten fortzusetzen und die Einhaltung der EU- sowie der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften zu kontrollieren. Explizit gefordert wird dabei auch die Einleitung neuer Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten, die offensichtlich gegen EU-Recht verstoßen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0348+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

### **EP; Bericht zur effektiven Kriminalitätsbekämpfung beschlossen**

Der Sonderausschuss des EP für organisierte Kriminalität, Korruption und Geldwäsche hat am 17.09.2013 einen Bericht mit Vorschlägen zur Bekämpfung vorgenannter Deliktfelder angenommen. Der Bericht wurde mit 29 Ja-, keinen Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen und soll Ende Oktober vom Plenum des EP bestätigt werden. Zur effektiven Kriminalitätsbekämpfung wird u.a. vorgeschlagen, das Bankgeheimnis in bestimmten Fällen außer Kraft zu setzen. Daneben sollen Steueroasen innerhalb der EU bekämpft werden. U.a. sollen auch beschlagnahmte Gelder, die aus organisierter Kriminalität herrühren, für soziale Zwecke verwendet werden können. Spielabsprachen und illegale Sportwetten sind ein weiterer Schwerpunkt der Vorschläge der MdEP. Die Einrichtung einer

Europäischen Staatsanwaltschaft wird seitens der Ausschussmitglieder unterstützt. Strafrechtlich soll es künftig europaweit einheitliche Definitionen zur Bekämpfung organisierter Kriminalität geben.

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/crim/press-releases.html>

### **EuG; Teilweise Aufhebung von Sanktionen gegen iranische Gesellschaften sowie einer Privatperson**

Am 06.09.2013 hat das Europäische Gericht (EuG) in den verbundenen Rechtssachen T-35/10 und T-7/11 etc. das Einfrieren der in der EU angelegten Vermögen von sieben iranischen Gesellschaften sowie einer natürlichen Person durch den Rat teilweise für unzulässig erklärt. Der Rat hatte die Gelder der betreffenden Person und Gesellschaften eingefroren, da diese unter Verdacht standen, an der nuklearen Proliferation (Lieferung und Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen) Irans beteiligt zu sein. Nach Ansicht der Richter hat der Rat keine ausreichenden Beweise dafür erbracht, dass die Post Bank Iran, die Iran Insurance Group, Good Luck Shipping und die Export Development Bank of Iran und andere zum Atomprogramm Irans beitrugen. Auch jene Maßnahmen gegen Herrn Bateni, die Persia International Bank und die Iranian Offshore Engineering & Construction Co. wurden auf Grund von Beurteilungsfehlern für nichtig erklärt. Bezüglich der Bank Refah Kargaran stellte das Gericht fest, dass der Rat gegen die Begründungspflicht und gegen die Pflicht verstoßen hat, dieser Bank die ihr zur Last gelegten Tatsachen mitzuteilen. Die Gelder der in DEU ansässigen Europäisch-Iranischen Handelsbank, die geschäftlich für einschlägige iranische Einrichtungen tätig wurde, bleiben weiterhin eingefroren. Das gilt ebenso für die Bank Melli Iran.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=140721&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=7522450>

### **EuG; Anordnung restriktiver Maßnahmen gegen syrische Staatsbürger durch Rat rechtmäßig**

Das Gericht der EU (EuG) hat am 13.09.2013 in den Rechtssachen T-383/11 (Eyad Makhoul/Rat), sowie T-563/11 und T-592/11 (Issam Anbouba/Rat) die Klagen zweier syrischer Staatsbürger gegen restriktive Maßnahmen durch den Rat abgewiesen. Der Rat hatte am 09.05.2011 einen Beschluss erlassen, mit dem restriktive Maßnahmen gegen Syrien verhängt wurden. Er verurteilte dabei, dass in Syrien friedliche Proteste gewaltsam unterdrückt worden waren und forderte die syrischen Stellen auf, keine Gewalt anzuwenden. In diesem Zusammenhang wurden auch Gelder und wirtschaftliche Ressourcen von Personen eingefroren, die im Verdacht standen, an der gewaltsamen Repression der Zivilbevölkerung beteiligt zu sein. Herr Eyad Makhoul, Offizier der syrischen Armee, und Herr Issam Anbouba, ein einflussreicher Geschäftsmann, wurden mit Beschluss vom 23.05.2011 in die genannte Liste aufgenommen, wodurch bei ihnen Gelder und wirtschaftliche Ressourcen eingefroren wurden. Das Gericht stellte fest, dass der Rat durch den Erlass der in Rede stehenden Maßnahmen weder die Verteidigungsrechte noch den Anspruch auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz von Herrn Makhoul und Herrn Anbouba verletzt hat. Das Gericht weist darauf hin, dass der Rat nach ihrer Aufnahme in die Liste eine Mitteilung im Amtsblatt veröffentlicht habe, mit der sie über ihre Aufnahme und die Möglichkeit, ihm gegenüber Stellung zu nehmen, unterrichtet wurden. Dass diese Mitteilung erst nach ihrer erstmaligen Aufnahme in die Liste erfolgte, stelle keine Verletzung der Verteidigungsrechte dar. Eine vorherige Mitteilung der Gründe könne nämlich die Wirksamkeit der Maßnahmen des Einfrierens von Geldern und wirtschaftlichen Ressourcen beeinträchtigen, die ihrem Wesen nach einen Überraschungseffekt haben und sofort zur Anwendung kommen müssten. Da Herr Makhoul und Herr Anbouba fristgemäß beim Gericht Klage

erhoben haben, sei in beiden Fällen offenkundig, dass sie in die Lage versetzt worden sind, sich wirksam gegen die betreffenden Rechtsakte zu verteidigen. Ferner sei der Rat auch seiner Begründungspflicht, ausreichend nachgekommen. In den angefochtenen Rechtsakten habe der Rat klar die allgemeinen Gründe für die Verhängung der restriktiven Maßnahmen gegen Syrien dargelegt. Im Übrigen habe er im Beschluss vom September 2011 den allgemeinen Kontext erläutert, der ihn dazu veranlasste, den Anwendungsbereich dieser Maßnahmen auf Personen auszudehnen, die das syrische Regime unterstützen.

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-383/11>

### **EuGH; Beantragung der österreichischen Ausgleichszulage für Pensionäre darf nicht automatisch zur Annahme eines unrechtmäßigen Aufenthaltsstatus in AUT führen**

Am 19.09.2013 entschied der EuGH in der Rechtssache C-140/12 (Pensionsversicherungsanstalt gegen Peter Brey), dass eine Versagung der (österreichischen) Ausgleichszulage für Pensionäre nicht automatisch darauf gestützt werden kann, dass ein Unionsbürger ohne diese andernfalls womöglich nicht über ausreichende Existenzmittel verfügt, die nach der EU-Freizügigkeitsrichtlinie (2004/38) erforderlich sind, um sich rechtmäßig mehr als drei Monate in einem anderen EU-Mitgliedstaat aufhalten zu dürfen. Das österreichische Recht sieht vor, dass der Pensionsberechtigte, wenn die Pension grundsätzlich nicht die Höhe des sogenannten Richtsatzes erreicht, Anspruch auf eine Ausgleichszulage in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen Richtsatz und persönlichem Einkommen hat, solange er seinen rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalt in AUT hat. Das Ehepaar Brey siedelte von DEU nach AUT um und beantragte vorgenannte Ausgleichszulage. Nach der Richtlinie 2004/38 können die Mitgliedstaaten verlangen, dass die Staatsangehörigen eines anderen Mitgliedstaats, die das Aufenthaltsrecht in ihrem Hoheitsgebiet für einen Zeitraum von über drei Monaten wahrnehmen wollen, ohne eine wirtschaftliche Tätigkeit auszuüben, für sich und ihre Familienangehörigen über einen umfassenden Krankenversicherungsschutz im Aufnahmemitgliedstaat und über ausreichende Existenzmittel verfügen, so dass sie während ihres Aufenthalts keine Sozialhilfeleistungen des Aufnahmemitgliedstaats in Anspruch nehmen müssen. Der EuGH führte nun aus, dass eine Leistung wie die Ausgleichszulage auch als Sozialhilfeleistung in diesem Sinne angesehen werden könne. Daher könne ein wirtschaftlich nicht aktiver Angehöriger eines anderen Mitgliedstaats angesichts der geringen Höhe seiner Rente eine solche Leistung berechtigt sein. Dies ergäbe einen Anhaltspunkt dafür, dass er nicht über ausreichende Existenzmittel verfügt, um die Sozialhilfeleistungen dieses Staates nicht unangemessen im Sinne der Richtlinie 2004/38 in Anspruch zu nehmen. Nationale Behörden können eine solche Schlussfolgerung jedoch nicht ziehen, ohne eine umfassende Beurteilung der Frage vorzunehmen, welche Belastung dem nationalen Sozialhilfesystem insgesamt unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse konkret entständen. Allein der Bezug von Sozialhilfeleistungen eines EU-Bürgers, reiche nicht als Beleg für eine unangemessene Inanspruchnahme aus.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=141762&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2109804>

### **Kommission; Studie zum Monitoring des Sports in der EU veröffentlicht**

Die Kommission hat im August eine Studie zu einem möglichen künftigen Monitoring des Sports auf EU-Ebene veröffentlicht. Das primäre Ziel der Studie war es, herauszufinden, ob es sinnvoll ist, ein Monitoring auf EU-Ebene einzurichten, das Trends analysiert, Daten sammelt, Statistiken interpretiert, Forschung vereinfacht, Untersuchungen und Studien initiiert sowie den Informationsaustausch stärkt. In ihrer



Mitteilung vom 18.11.2011 über die „Entwicklung der europäischen Dimension des Sports“ hatte die Kommission eine entsprechende Studie angekündigt. Hauptergebnis ist, dass es aktuell auf zwischenstaatlicher bzw. europäischer Ebene wenig Austausch von auf nationaler Ebene erhobenen Daten gibt. Gleichwohl gaben die Akteure in den Mitgliedstaaten an, dass ein solcher Vergleich für ihre nationale Arbeit förderlich sein könne. Daneben gebe es einige gute Beispiele von nationalen Studien, die sektorübergreifend die Bereiche Soziales, Wirtschaft und Gesundheit abdeckten. Als Handlungsempfehlungen werden gegeben, dass ein etwaiges künftiges Monitoring so ausgestaltet sein solle, dass es u.a. zielgerichtet die politische Entscheidungsfindung unterstützt, gemeinsam mit allen relevanten Entscheidungsträgern entwickelt wird und neben der Datensammlung auch die Verbreitung der Daten sicherstellt. Im weiteren Prozess sollten zunächst drei Arbeitsgruppen für die Bereiche Soziales, Wirtschaft und Gesundheit eingerichtet werden, die die Kommission im Rahmen der Entwicklung eines möglichen Monitorings beraten. Es sollten 2014 und 2018 Handbücher über den aktuellen Stand der Datensammlung herausgebracht werden. Eine Website solle eingerichtet, ein Newsletter „Sport in Europe“ herausgegeben, Konferenzen und Seminare ausgerichtet und in neue und bestehende Datensammlungen investiert werden.

<http://ec.europa.eu/sport/library/documents/f-studies/final-rpt-may2013-study-monitoring-function.pdf>

## Bildung und Kultur

### **Kommission; Mangelnde Fremdsprachenkenntnisse in GBR**

Nach einer Einschätzung der Kommission vom 13.09.2013 muss mehr dafür getan werden, britische Schüler und Studierende dazu anzuregen, in der Sekundarstufe II und an der Universität Fremdsprachen zu erlernen. Die Bedeutung von Sprachkenntnissen sei in allen EU-Ländern ganz offensichtlich, da die Unternehmen zunehmend global operierten: Mehr als die Hälfte des Handelsaufkommens GBR's habe Bezug zu anderen europäischen Staaten. Daher bräuchten die britischen Unternehmen Mitarbeiter, die auch Fremdsprachen beherrschten. Die Kommission wird dies am 18.10.2013 auf einer Konferenz im Rahmen der London Language Show hervorheben.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-829\\_de.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-829_de.htm?locale=en)

## Veranstaltungen

### **Blue book trainee Netzwerk der Kommission ECTAN beim Netzwerken in der Hessischen Landesvertretung**

Die ECTAN Summer Reunion am 24.07.2013 in der Hessischen Landesvertretung gab den Trainees der Kommission sowie den Praktikantinnen und Praktikanten der Hessischen Landesvertretung die Möglichkeit, sich mit Experten innerhalb und außerhalb der europäischen Institutionen auszutauschen. Für die Hessische Landesvertretung begrüßte der stellvertretende Leiter Claus-Peter Appel und für ECTAN führten Marit Ackermann sowie Saskia Baer durch den Abend. Inhaltlicher Input kam von Max Uebe, Referatsleiter in der Generaldirektion Beschäftigung, und Jonathan Hill, stellvertretender Kabinettschef der Kommissarin für Bildung und Kultur Androulla Vassiliou. Die Redner gingen vor allem auf die hohe Jugendarbeitslosigkeit in der EU ein. Das gab „food for thought“ für die über hundert Nachwuchsführungskräfte aus nahezu allen Mitgliedstaaten der EU, die in interaktiven Dialogformaten miteinander ins Gespräch kamen.

### **Erstes Journalisten-BBQ in der neuen Hessischen Landesvertretung**

Am 15.09.2013 fand im Beisein der Hessischen Europastaatssekretärin Dr. Zsuzsa Breier das erste Journalisten-BBQ in den neuen Räumlichkeiten der Hessischen Landesvertretung statt. Während des informellen Zusammenseins entspannen sich fruchtbare Gespräche zwischen Pressevertreterinnen und -vertretern in Brüssel und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesvertretung. Viele waren mit Familie gekommen und ein Rahmenprogramm für die Kinder trug positiv zur sonntagnachmittäglichen Atmosphäre bei.

### **Gespräche von Europastaatssekretärin Dr. Breier in Brüssel**

Die Hessische Staatssekretärin für Europaangelegenheiten Dr. Zsuzsa Breier führte vom 16.-18.09.2013 in Brüssel zahlreiche Gespräche mit EU-Entscheidungsträgern. Im Mittelpunkt standen für Hessen besonders wichtige Themen wie Bodenverkehrsdienste, „Made in Germany“, Strukturfondsförderung ab 2014 und Raumkapazitäten der Europäischen Schulen in Frankfurt und Bad Vilbel. Bei ihren Gesprächen mit dem EU-Botschafter von Polen Marek Prawda und dem EU-Botschafter der nächsten EU-Ratspräsidentschaft, dem griechischen Ständigen Vertreter bei der EU Theodoros Sotiropoulos, setzte sich Dr. Breier für eine Ablehnung des Kommissionsvorschlags zur Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste im Rat durch Polen und Griechenland ein, bzw. für die Nichtbefassung des Rates in der griechischen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2014. Fragen der EU-Datenschutzreform und Auswirkungen der US- und britischen Internetüberwachungsprogramme standen im Mittelpunkt der Gespräche mit dem stellv. Europäischen Datenschutzbeauftragten Giovanni Buttarelli und dem zuständigen Direktor in der Europäischen Kommission Dr. Paul Nemitz. Die Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten an den Europäischen Schulen in Frankfurt und Bad Vilbel für die Kinder von Mitarbeitern der zukünftigen bei der EZB angesiedelten Bankenaufsicht erörterte Staatssekretärin Dr. Breier mit dem Generalsekretär der Europäischen Schulen Kari Kivinen. Mit der für die Strukturfondsreform 2014-2020 zuständigen „Schattenberichterstatteerin“, MdEP Constanze Krehl (S&D/DEU), erörterte Dr. Breier eine Reihe von aus hessischer Sicht kritischen Fragen. Beide waren sich in der Ablehnung der „Leistungsreserve“ einig. Fragen des Finanzplatzes Frankfurt besprach sie mit MdEP Graf Lambsdorff (ALDE/DEU). Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem Kabinettschef des Verbraucherschutzkommissars Neven Mimica, Dr. Nils Behrndt, standen die Prioritäten des neuen kroatischen Kommissars sowie der Kommissionsvorschlag für Medizinprodukte. Weiterer Schwerpunkt des Gesprächs war die Forderung der Staatssekretärin, dass das Qualitätslabel „Made in Germany“ erhalten bleibt.

### **Abendveranstaltung mit dem VÖB am 17.09.2013**

Am 17.09.2013 fand eine weitere, gemeinsam mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken (VÖB) durchgeführte Abendveranstaltung mit rund 250 Teilnehmern in der Hessischen Landesvertretung statt. Thema war „Die Vollendung der Bankenunion – Weichenstellung für Finanzstabilität in der Währungsunion“. Auf der Veranstaltung wurden die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus für Banken, dem Legislativvorschlag der Kommission vom 10.07.2013 für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus für Banken und mit den Querbezügen zur Einlagensicherung unter dem Aspekt der weiteren Stabilisierung der Eurozone aufgegriffen. Dr. Detlef Fechtner, EU-Korrespondent der Börsen-Zeitung, moderierte die Podiumsdiskussion. Nadia Calviño, stellvertretende Generaldirektorin Binnenmarkt und Dienstleistungen, gab einen Überblick über die Bankenunion als wesentlichen Aspekt zur Stabilisierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Sie hob die vorrangige Zielsetzung hervor, Destabilisierungen des

Finanzsystems zu verhindern und erneute Belastungen der nationalen Haushalte durch finanzielle Heranziehung des Bankensektors zu vermeiden. Peter Praet, Mitglied des Direktoriums der EZB, sah eine mögliche Rolle der EZB im Rahmen der Bankenabwicklung differenziert. Die geldpolitischen Aufgaben der EZB könnten bei gleichzeitigen Abwicklungsaufgaben zu ernsthaften Gefahren für den Binnenmarkt führen. Dr. Gunter Dunkel, Präsident des VÖB, betonte, die öffentlich-rechtlichen Banken haben stets eine europäische Aufsicht begrüßt, allerdings eine Vergemeinschaftung der Haftung bei der Einlagensicherung abgelehnt. Prof. Dr. Reint Gropp, vom House of Finance an der Goethe Universität Frankfurt, sah einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus als zwingende Ergänzung zu einer einheitlichen Bankenaufsicht. MdEP Sven Giegold (Grüne/DEU), Berichterstatter eines der beiden Legislativvorschläge zur einheitlichen Bankenaufsicht, betonte, dass es eine gemeinsame Haftung nur mit gemeinsamer Verantwortung geben kann. MdEP Peter Simon (S&D/DEU), Berichterstatter für die Einlagensicherungsrichtlinie, sah Gefahren für die Reputation der EZB, wenn ihr die Zuständigkeit für die Abwicklung von Banken übertragen würde. Im Rahmen ihrer Begrüßung stellte Europastaatssekretärin Dr. Zsuzsa Breier die Pläne zu einer Bankenunion in den Gesamtzusammenhang der Stabilisierung der Eurozone und der Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion. Sie hob hervor, dass der künftige ordnungspolitische Rahmen im Bankensektor den Zusammenhang zwischen Handeln und Haftung in den Vordergrund rücken muss.

### **Arbeitsfrühstück zur dualen Berufsausbildung**

Auf Einladung der Hessischen Landesregierung und in Kooperation mit der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main fand am 19.08.2013 ein Arbeitsfrühstück zum Thema "Dienstleistungssektor in der Europäischen Union" in der Hessischen Landesvertretung Brüssel statt. An dem Gespräch nahmen neben Europastaatssekretärin Dr. Zsuzsa Breier u.a. Bernd Ehinger, Präsident der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, MdEP Thomas Mann (EVP/DEU) sowie ein Vertreter der Generaldirektion Binnenmarkt teil. Schwerpunkt der Diskussion war die Frage der Beibehaltung der Meisterpflicht in DEU und die Relevanz der regulierten Berufe für die duale Ausbildung, gerade für Wirtschaftsstandorte wie Hessen.

### **Empfang auf Einladung von Herrn Dr. Brauner, Abteilungsleiter im BMWi**

Am 19.09.2013 gab Herr Dr. Brauner, Abteilungsleiter für Außenwirtschaftspolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), einen Empfang in der Hessischen Landesvertretung anlässlich seines Wechsels zur Welthandelsorganisation (WTO) und damit zur Beendigung seiner zwölfjährigen Mitgliedschaft im WTO-Handelsausschuss. Er wird zum 01.10.2013 stellvertretender Generaldirektor bei der WTO in Genf. Frau Dr. de Buhr, Leiterin des Referats Wirtschaft und Verkehr begrüßte die Gäste, darunter den Botschafter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, die Generaldirektoren der GD Handel und des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) sowie weitere Repräsentanten europäischer Mitgliedstaaten und Vertreter aus den EU-Institutionen.

### **Hessische Finanzrichter vom 18.09.-20.09.2013 in Brüssel**

Vom 18.09.-20.09.2013 hielt sich eine Gruppe hessischer Finanzrichter in Brüssel auf und führte Gespräche zu aktuellen rechts- sowie finanzpolitischen Themen bzw. Entwicklungen auf EU-Ebene. Mit MdEP Rainer Wieland (EVP/DEU), Vizepräsident des EP und Mitglied im Rechtsausschuss des EP (JURI), sprach die zehnköpfige Delegation, die unter Leitung des Präsidenten des Hessischen Finanzgerichts, Lothar Aweh, reiste, über aktuelle Herausforderungen in der europäischen



Rechtspolitik. Der hessische MdEP Dr. Udo Bullmann (S&D/DEU), Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EP (ECON), informierte über die aktuelle Situation im Hinblick auf die Bekämpfung der Staatsschulden-/Eurokrise. Prof. Dr. Dimitrios Triantafyllou, Mitarbeiter beim Juristischen Dienst der Kommission, informierte über die Rechtsprechung des EuGH im Bereich des Steuerrechts. Mit Friedrich von Heusinger, Leiter der Vertretung des Landes Hessen bei der EU, sprachen die Finanzrichter über die Europapolitik der Hessischen Landesregierung und die Arbeit der Vertretung des Landes Hessen bei der EU. Abgerundet wurde das Programm durch das Gespräch mit Uwe Ihli, Leiter des Bereichs „Körperschaftssteuererrichtlinie und Gemeinsame Konsolidierte Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage“ (GKKB) bei der Kommission, sowie durch den Vortrag von Rolf Diemer, Referatsleiter für den Bereich „Umwelt- und andere Zölle der Europäischen Kommission“ bei der Kommission, der über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Finanztransaktionssteuer referierte.

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Rat**

23.09.2013	Rat für Landwirtschaft und Fischerei (Brüssel)
23.09.2013	Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Brüssel)
26./27.09.2013	Rat für Wettbewerbsfähigkeit (Brüssel)
01./02.10.2013	Informelles Treffen der Minister für Sport (Vilnius, LIT)
01./02.10.2013	Informelles Treffen der Minister für Kultur und Audiovisuelles (Vilnius, LIT)

### **Europäische Kommission**

25.09.2013	<u>Sitzung der Kommission in Brüssel</u> Mitteilung zur Industriepolitik  Mitteilung zur EU-Initiative zur Verbesserung der Bildung durch neue Technologien
02.10.2013	<u>Sitzung der Kommission in Brüssel</u> Mitteilung zur sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion  Mitteilung zum Stand der Umsetzung des REFIT – Programms (EU Regulatory Fitness and Performance Programme)

## Europäisches Parlament

### Plenartagung vom 07.-10.10.2013

Herstellung, Aufmachung und Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen  
Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten Der europäische CO2-Markt im Jahr 2012  
Genderzid: die fehlenden Frauen?  
Folgen der Sparzwänge für die Gebietskörperschaften in Bezug auf die Ausgaben der Strukturfonds der EU in den Mitgliedstaaten  
Vorausplanung der Politik und langfristige Trends: Auswirkungen des Kapazitätsaufbaus auf den Haushalt  
Verbesserung des internationalen Privatrechts: Zuständigkeitsregeln im Beschäftigungsbereich  
Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten zur Bewältigung des durch den Konflikt in Syrien ausgelösten Flüchtlingsstroms  
Anerkennung von Berufsqualifikationen und Verwaltungszusammenarbeit mithilfe des Binnenmarktinformationssystems  
Behauptete Beförderung und rechtswidriges Festhalten von Gefangenen in europäischen Staaten durch die CIA  
Europäisches Grenzüberwachungssystem (EUROSUR)  
Aussetzung des SWIFT-Abkommens infolge der Überwachung durch die NSA  
Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden in der EU

### Ausschuss der Regionen

- 24.9.2013 20. CIVEX-Fachkommissionssitzung in Brüssel  
Forscher, Studenten, Freiwillige und andere Gruppen aus Drittstaaten (Abstimmung)  
EU-Paket „Intelligente Grenzen“ (Abstimmung)  
Bericht über die Unionsbürgerschaft 2013 (Abstimmung)
- 26.09.2013 19. COTER-Fachkommissionssitzung in Brüssel  
Bewertung makroregionaler Strategien (Abstimmung)  
Leitlinien für staatliche Beihilfen für Flughäfen und Luftfahrtunternehmen (Abstimmung)  
Rahmen für eine künftige EU-Hafenpolitik (Abstimmung)
- 01.10.2013 16. NAT-Fachkommissionssitzung in Brüssel  
Nachhaltige Entwicklung der Aquakultur in der EU (Abstimmung)  
Staatliche Beihilfen im Bereich Fischerei und Aquakultur (Abstimmung)  
Amtliche Kontrollen – Paket zu Tier- und Pflanzengesundheit (Abstimmung)
- 02.10.2013 20. ECOS-Fachkommissionssitzung in Brüssel  
Richtlinie zur elektronischen Rechnungsstellung und zur durchgängig elektronischen Vergabe (Abstimmung)  
Öffentliche Arbeitsverwaltungen (Abstimmung)

Aktionsplan für wettbewerbsfähige und nachhaltige Stahlindustrie in Europa (Abstimmung)  
Umsetzung der nationalen Strategien zur Integration der Roma (Abstimmung)

### **Europäischer Gerichtshof**

- 24.09.2013 Urteil Rechtsache C-221/11 (Demikran) – Visumspflicht für türkische Staatsangehörige.
- 26.09.2013 Urteile Rechtssachen C-189/11 (Kommission/Spanien), C-193/11 (Kommission/Polen), C-236/11 (Kommission/Italien), C-269/11 (Kommission/Tschechische Republik), C-293/11 (Kommission/Griechenland), C-296/11 (Kommission/Frankreich), C-309/11 (Kommission/Finnland) und C-450/11 (Kommission/Portugal) – MwSt – Margenregelung für Reisebüros.
- 26.09.2013 Schlussanträge Rechtssache C-167/12 – Arbeitsrecht – Mutterschaftsurlaub für „intendierte“ Mutter.
- 26.09.2013 Schlussanträge Rechtssache C-363/12 – Arbeitsrecht – Mutterschaftsurlaub für genetische Mutter.
- 26.09.2013 Schlussanträge Rechtssache C-295/12 (Telefónica und Telefónica de España/Kommission) – Breitband-Internetzugang in Spanien.
- 03.10.2013 Urteil Rechtssache C-583/11 P (Inuit Tapiriit Kanatami u.a./Parlament und Rat) – Klagemöglichkeiten vor den Unionsgerichten – Verbot des Handels mit Robbenerzeugnissen.
- 03.10.2013 Urteil Rechtssache C-59/12 (BKK Mobil Oil) – Werbemaßnahmen gesetzlicher Krankenkassen.

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 04.10.2013.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa	ALDE
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	VEL/NGL
Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“	EFD
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Vereinigtes Königreich	GBR
Zypern	CYP